Meyers: Ich würde sagen: „Der um die Landtagspräsidenten und Fraktionsvorsitzenden erweiterte Bundesparteivorstand".

Adenauer: Ich finde, es ist sprachlich so einfach und klar, daß wir nichts mehr von einer Erweiterung usw. hinzuzufügen brauchen. *(Zurufe:* Sehr richtig!) Dann möchte ich Herrn Kraske viel Glück zu seiner Wahl wünschen. *(Beifall.)* Wir sind davon überzeugt, daß wir einträchtig und gut zusammenarbeiten werden.

In der Zwischenzeit sind die Herren von Nordrhein-Westfalen wieder da. Herrn Gerstenmaier möchte ich für die lapidare Sprache danken, die er eben gebraucht hat. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes lapidar. Ich sehe, daß das Wort nicht mehr gewünscht wird.

Ich bin von meinem Kabinett dringend aufgefordert worden, zum 1. Mai im Rundfunk zu sprechen. Nun habe ich feststellen lassen – obwohl man selbst mitarbeitet, weiß man es nicht mehr –, daß der 1. Mai ein Festtag aufgrund der Ländergesetze ist. (*Wolters*[123]*:* Ja, das steht in den Verfassungen der Länder.) Ich wollte nur hören, was sich der Bundestag dabei gedacht hat. Er hat gar nicht mitgewirkt. (*Arnold:* Es ist trotzdem ein Feiertag!) Ich nehme also an, daß Sie es gutheißen, wenn ich spreche. *(Zustimmung.)*

Meine Damen und Herren! Dann schließe ich die Sitzung und danke Ihnen für Ihr langes Aushalten und Ihre Mitarbeit.

4

Bonn, 11. Juli 1958

Sprecher: Adenauer, Bach, Bitter, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Cillien, [Eberhard], von Hassel, Hellwig, Frau Jochmus, Johnen, Krone, Lensing, Lücke, Meyers, Müllenbach, Oberländer, Frau Rehling, Schröder.

Bericht zur politischen Lage und über die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Der 8. Bundesparteitag. Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr *Ende: 13.30 Uhr*

---

123 August Wolters (1903–1990) Schreiner, Gewerkschaftssekretär; 1945 Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz, 1947–1971 MdL Rheinland-Pfalz (CDU, 1948–1959 Landtagspräsident), 1959–1971 Innen- und 1959–1967 zugleich Sozialminister von Rheinland-Pfalz, 1959–1971 Mitglied des Bundesrates. Vgl. auch Anm. 1.

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Die Blumen, die vor mir liegen, weisen darauf hin, welch schweren Verlust wir erfahren haben durch den allzu frühen Tod unseres Freundes Karl Arnold[1]. Es ist in diesen Tagen, die seit seinem Tode verstrichen sind, über seinen Werdegang und über seine Arbeit innerhalb der Partei in Nordrhein-Westfalen überall gesprochen worden. Sein Bild steht uns allen lebendig vor Augen.

Lassen Sie mich aus unserem besonderen Milieu hier heraus seinem Andenken noch einige Worte widmen. Karl Arnold war – ich habe ihn kennengelernt im Jahre 1945 – vom ersten Tage an, als er sich der gemeinsamen Aufgabe für die beiden Konfessionen widmete, tief davon durchdrungen, daß nur eine wahrhaft christliche Politik, eine Politik, die sich auf christlichen Grundsätzen aufbaut, in der Lage wäre, alle die Schäden zu beseitigen, die unserem Vaterland in der nationalsozialistischen Zeit und durch den Krieg erwachsen waren. Er, der ursprünglich aus der Kolpingsfamilie kam und dann in die Katholische Arbeiterbewegung[2] eintrat, wo er schon vor 1931 in Düsseldorf sehr wesentliche Ämter hatte, ist seinen Grundsätzen und seiner Gedankenrichtung auch nach 1945 bis zum letzten Tage treugeblieben. Er war unserer gemeinsamen Sache von ganzem Herzen und in großer Selbstlosigkeit ergeben, so daß er für uns alle ein Vorbild sein muß in der Hingabe an unsere Ideale und unsere Aufgabe. Er hat es, glaube ich, nie ganz verwunden, daß er damals nach fast zehnjähriger Amtszeit als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen durch die Kombination von FDP und SPD gestürzt worden ist.

Es ist wirklich ein tragisches Geschick, daß er eine Woche vor unserem Sieg in Nordrhein-Westfalen – der ihm das wiedergebracht hätte, was er damals verloren hat – von uns gegangen ist. Er ist als ein tapferer Mann von uns gegangen, der sich bis zum letzten Tage seines Lebens unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit diesen Aufgaben gewidmet hat. Wir alle haben einen sehr schmerzlichen Verlust erlitten. Wir geloben ihm, seiner immer in Wertschätzung und Treue zu gedenken. Ich darf mich wohl für bevollmächtigt halten, seiner Frau und seinen Kindern unser Beileid auch von dieser Vorstandssitzung auszusprechen. Sie haben sich von den Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Wir treten nunmehr in unsere Tagesordnung ein. Ich muß zunächst eine sehr große Zahl von Entschuldigungen zu meinem großen Bedauern verlesen. Ich nehme ohne weiteres an, daß alle diejenigen, die sich entschuldigt haben, einen triftigen Grund dafür haben. Aber ich kann, wenn ich die ganze Liste derjenigen, die sich entschuldigt haben, mit der Begründung dieses Fehlens jetzt sehe, bevor wir in die große Sommerpause gehen, nicht anerkennen. Ich muß das in aller Offenheit sagen. Es wird wohl notwendig sein, wenn wir wieder zusammenkommen, uns darüber zu unterhalten, daß die Sitzungen des Bundesvorstandes auch besucht werden

1 Am 29. Juni 1958.
2 Gemeint: Christliche Gewerkschaften.

müssen; denn ich halte sie so selten ab, wie eben möglich ist, aber das muß doch für jedes Mitglied des Vorstandes die Verpflichtung in sich schließen, auch an den Bundesvorstandssitzungen teilzunehmen.

Es haben sich entschuldigt: Frau Dr. Weber; Dr. Gerstenmaier, er weilt in Südamerika; Lemmer mit Ferien; Dr. Lübke[3] mit Stresa; Etzel; Brentano mit Odenwald; Osterloh krank; Dr. Fricke; Dr. Müller; Dr. Seidel – der Vertreter, Herr Dr. Eberhard[4], ist hier, den ich herzlich willkommen heiße; Dichtel; Kiesinger; Albers; Bauknecht; Dr. Stoltenberg – verhindert durch die Tagung der Jungen Union in Konstanz[5].

Meine Damen und Herren! Es ist üblich, daß Sie von mir mit Recht einen Überblick über die gegenwärtige politische Situation verlangen. Ich möchte dem nachkommen. Ich werde nachher in der Sitzung des Parteiausschusses ebenfalls darüber berichten müssen. Ich habe die herzliche Bitte, daß möglichst viele Mitglieder des Vorstandes an der Parteiausschußsitzung teilnehmen; ich fürchte sonst, daß sich dort ähnliche Lücken zeigen. Ich will mich möglichst kurz fassen; sehr kurz allerdings kann es nicht sein, weil manche Dinge heute besprochen werden müssen. Ich möchte Sie dabei vor allem bitten, meine Damen und Herren, nicht nur meinen Vortrag anzuhören, sondern sich darüber auch nachher auszusprechen. Die Aussprache ist eigentlich das Wesentliche, wenn ich Ihnen einen Bericht über die Lage gebe.

Bericht zur politischen Lage

Lassen Sie mich anfangen mit der Außenpolitik, weil ich annehme, damit am schnellsten fertig zu sein. Die außenpolitische Lage ist wenig erfreulich; sie ist im Laufe der Entwicklung immer unerfreulicher geworden, und zwar durch die Schwäche Frankreichs[6], die ja auch eine Schwäche Europas mit sich bringt. Die Schwächung Frankreichs hat sich wohl am klarsten dadurch offenbart, daß das französische Parlament fast stillschweigend auseinandergegangen ist und diesen demokratischen

3 Dr. Heinrich Lübke (1894–1972), 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. Protokolle 1 S. 351 Anm. 94. – Vom 3. bis 11. Juli 1958 fand eine Landwirtschaftskonferenz der EWG in Stresa statt (AdG 1958 S. 7192).

4 Dr. Rudolf Eberhard (geb. 1914), 1950–1974 MdL Bayern (CSU), 1957–1964 bayerischer Finanzminister, 1958–1964 stellvertretender bayerischer Ministerpräsident.

5 Vom 11. bis 13. Juli 1958.

6 Adenauer spielt auf die Krise während der letzten Jahre der Vierten Republik (1947–1958) an, die durch mangelnden innenpolitischen Konsens und außenpolitische Spannungen, wie Indochinakrieg und Algerienfrage, verschärft wurde. Die Staatskrise wurde am 1. Juni 1958 mit der Berufung de Gaulles zum Staatspräsidenten beendet. Vgl. Adenauer: Erinnerungen 3 S. 396–408; Rudolf von Albertini in: Handbuch der Europäischen Geschichte 7 S. 470–480.

Parlamentarismus, wie ihn die Französische Republik repräsentierte, einfach verlassen und sein ganzes Geschick dem Herrn de Gaulle[7] übergeben hat. Man darf wohl dieses Vorgänge nicht nur unter dem Gesichtspunkt der augenblicklichen Situation betrachten, sondern muß auch die Entwicklung betrachten. Die Wurzeln für diese Vorgänge liegen tiefer. Sie liegen einmal darin, daß die französische Armee sich seit Jahr und Tag von der französischen Regierung verlassen, ja sogar verraten gefühlt hat. Das gilt namentlich von Indochina. Sie fürchtete, daß ihr jetzt in Algier ein Gleiches widerfahren werde.[8]

Als ich zu Beginn des Frühjahres in Südfrankreich war, hat mich Herr Pflimlin[9] besucht – das war Ende Februar – und mir damals schon die Verhältnisse sehr ausführlich dargelegt. Was er damals befürchtete, hat sich dann auch bewahrheitet. Was ich Ihnen jetzt vortrage, beruht zum großen Teil auf dem, was mir schon damals Pflimlin gesagt hat; es ist also nicht etwa eine Reaktion auf die jetzigen Vorgänge in Frankreich. Er schilderte mir damals die schwere Enttäuschung der französischen Armee, und er fügte hinzu, daß die französische Armee völlig anders geworden sei, als sie es bisher gewesen wäre, daß z.B. namentlich die Armee in Algier außerordentlich tapfer sei und daß sie eng zusammenhalte, und zwar sei sie gestählt durch die ständigen Kämpfe dort. Er sagte auch, daß die Armee im Mutterland anders geworden sei als noch vor wenigen Jahren.

Wenn Sie daran denken, daß noch vor wenigen Jahren große Schwierigkeiten im Mutterland Frankreich entstanden, als damals nach Algier Truppen eingezogen werden sollten, während jetzt bei all den Vorgängen in Frankreich nichts davon bekanntgeworden ist, daß zwischen den Offizieren und Mannschaften Gegensätze

---

7 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Staatsmann; 1947–1953 Vorsitzender der Sammlungsbewegung RPF, 1958–1969 Staatspräsident. – Vgl. Institut Charles de Gaulle (Hrsg.): De Gaulle en son siècle. 6 Bde. Paris 1992. Vgl. auch Günter BUCHSTAB: Zwischen „Zauber und Donner". Die CDU/CSU und de Gaulle. In: Wilfried LOTH/Robert PICHT (Hrsg.): De Gaulle, Deutschland und Europa. Leverkusen 1991 S. 95–107.

8 Im Indochinakrieg versuchte Frankreich zwischen 1945/46 und 1954 vergeblich, seine Souveränitätsansprüche auf die ehemalige französische Kolonie Indochina gegen die kommunistische Demokratische Republik Vietnam aufrechtzuerhalten. Die französische Armee blieb in diesem Krieg weitgehend auf sich gestellt und wurde weder von der französischen Öffentlichkeit noch von den französischen Regierungen unterstützt. – In Algerien, seit 1830 unter französischer Verwaltung, kam es 1954 zum Aufstand des Front de la Libération Nationale (FLN). Zugeständnisse der französischen Regierung lösten am 13. Mai 1958 einen Putsch der Armee gegen die Vierte Republik aus. – Vgl. Alfred GROSSER: Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute. München 1986.

9 Dr. Pierre Pflimlin (geb. 1907), französischer Politiker (MRP); 1945–1967 Mitglied der Assemblée Nationale, 1957–1958 Finanz- und Wirtschaftsminister, 1958 Ministerpräsident, 1958–1959 und 1962 Staatsminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 342 Anm. 20. – Pflimlin besuchte Adenauer während seines Urlaubs in Vence am 2. März 1958 (ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 398–403).

bestünden, so hat das, was mir Pflimlin damals sagte, sich durch die Tatsachen bewiesen.

Die zweite Wurzel dieser Agonie – so kann man fast sagen –, die Frankreich befallen hat, war das völlige Versagen des Parlamentarismus, und zwar der Mangel einer Mehrheitsbildung, die wirklich in der Lage gewesen wäre, eine Ordnung in Frankreich zu schaffen, eine gute Währung zu halten, die Wirtschaft und auch das Verhältnis zur Armee zu ordnen. Seit dem Zusammenbruch Deutschlands hat es in Frankreich ungefähr 25 Regierungen gegeben. Das besagt ja genug! Und aus diesem völligen Versagen des Parlamentarismus, wie dies in Frankreich zu verzeichnen ist, ergab sich, daß die große Masse der französischen Bürger an dem, was in Paris vor sich ging, eigentlich keinen Anteil mehr nahm. Die Franzosen hatten und haben eine ausgezeichnete Beamtenschaft, eine ganz vorzügliche Beamtenschaft. Diese Beamtenschaft arbeitete weiter, gleichgültig, was nun im Pariser Parlament vor sich ging, so daß die Bevölkerung damit zufrieden war und sich um die Vorgänge in Paris nicht weiter kümmerte.

Meine Damen und Herren! Wenn ich jetzt auf die Vorgänge in Frankreich hinweise, dann darf ich vielleicht eine kleine Nutzanwendung daraus ziehen, nämlich die, daß wir wirklich dem Himmel danken können, daß wir in der Bundesrepublik nach diesem furchtbaren Zusammenbruch eine stetige Politik haben treiben können, und zwar aufgrund einer Mehrheit der CDU, zunächst führend, dann aber mit absoluter Mehrheit, so daß es infolgedessen möglich war, eine Regierung zu bilden, die stetig arbeiten konnte. Wir sind uns vielleicht nicht immer darüber klar, welch große Bedeutung eine solche Tatsache gerade in den stürmischen Zeiten, die wir erleben, hat. Gerade in einer Demokratie, in der der Halt – der doch immerhin eine Monarchie, wenn auch nur gefühlsmäßig, mit sich bringt – fehlt, ist es absolut notwendig, eine möglichst stetige Mehrheit im Parlament und dementsprechend ein gutes Funktionieren der Regierung zu haben.

Lassen Sie mich ein strittiges Moment, aus dem sich die Entwicklung Frankreichs herleitet, kurz erwähnen. Es darf keine große Gefahr entstehen aus dem Vorhandensein einer bewaffneten Macht in einem Lande. Das ist ebenfalls ein sehr wichtiges Moment; denn es ergibt sich fast von selbst, daß das Vorhandensein einer solch bewaffneten Macht doch gewisse Imponderabilien mit sich bringt, die man nicht vernachlässigen darf. Als wir damals darangingen, unsere Wehrmacht zu schaffen, sind im Bundestag wenig gute und wenig freundliche Worte über die künftige Wehrmacht gefallen. Wenn ich an die endlosen Debatten von damals denke, dann muß ich sagen, haben mir die armen führenden Offiziere leid getan, die eine solche Arbeit in dieser Atmosphäre übernehmen mußten. Daran sollten wir denken; wir sollten, jeder an seinem Platz, dafür sorgen, daß die Wehrmacht ein Teil des ganzen staatlichen Apparates bleibt.

Zu Frankreich und de Gaulle! Ich bin der Auffassung, soweit man das als Außenstehender sagen kann, daß damals wahrscheinlich nur diese Möglichkeit vorhanden war, die Truppen aus Algier von einem Angriff auf Paris abzuhalten. Fallschirmjäger standen in der Nähe von Paris. De Gaulle war also die einzige

Möglichkeit wegen des außerordentlich großen Ansehens, das der Name de Gaulle in Frankreich und in der französischen Armee hat. Aber die Schwierigkeiten Frankreichs sind in keiner Weise überwunden. Es zeigt sich auch jetzt noch nicht der Weg, den die französische Politik unter de Gaulle gehen wird, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die äußeren Etappen sind ziemlich klar. Es wird eine neue Verfassung vorgelegt werden. Wie sie aussehen wird, weiß keiner. Sie wird aber jedenfalls so aussehen, daß dem Staatspräsidenten größere Machtvollkommenheiten gegeben werden, um ihm gegenüber dem französischen Parlamentarismus ein Gegengewicht zu geben. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Verfassung, die ad referendum gestellt wird, von der Bevölkerung mit großer Mehrheit angenommen werden wird. Was dann geschehen wird, weiß noch kein Mensch. Man hört nur, daß die bisherigen politischen Parteien im Land ihre Anhänger verlieren und daß sie auseinanderlaufen.

Es ist kein Wunder, daß sie wie Sand auseinanderlaufen; denn die Leute sehen das Ergebnis der parteipolitischen Arbeit seit dem Jahre 1945 vor sich. Damit sind sie natürlich nicht zufrieden und gehen auseinander. Ob sich nun etwas Neues formt, kann auch kein Mensch wissen. Sie haben vielleicht gelesen, daß sich Herr Bidault[10] bemüht, so etwas wie eine französische CDU zu schaffen. Ob gerade ihm das gelingen wird, weiß ich nicht. Auf der anderen Seite hat sich Mendès-France[11] bemüht, die Linke zusammenzufassen. Ob ihm das gelingt, weiß ich ebensowenig. Ich weiß auch nicht, was Soustelle[12] oder sonst irgend jemand macht. Jedenfalls ist es so, wenn die Verfassung angenommen wird, dann kommt die Wahl eines neuen Staatspräsidenten. Es ist wohl kein Zweifel, daß dieser Staatspräsident de Gaulle heißen wird. Was aber aus Algier, aus der französischen Wirtschaft und aus der französischen Währung werden wird, daß weiß kein Mensch. Man kann, namentlich was die französische Wirtschaft und die französische Währung angeht, nur mit großer Sorge den nächsten Monaten entgegensehen.

Alles das zusammen schwächt natürlich die Europapolitik in außerordentlich großem Maße. Herr de Gaulle hat nirgendwo erklärt, daß er die Verträge nicht anerkennen werde; im Gegenteil, er hat erklärt, er würde sie anerkennen. Wenn aber nicht eine unerwartete Wendung kommt, müssen wir damit rechnen, daß Frankreich aus

10 Georges Bidault (1899–1983), französischer Politiker; 1944 Mitbegründer, 1949–1951 Vorsitzender und bis 1959 Mitglied des MRP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 320 Anm. 52.

11 Pierre Mendès-France (1907–1982), französischer sozialistischer Politiker; 1955–1957 Vizepräsident der radikalsozialistischen Partei, 1959 Parteiausschluß, 1960 Beitritt zur Parti Socialiste Unifié (PSU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 247 Anm. 6.

12 Jacques Soustelle (1912–1990), französischer Politiker und Ethnologe; 1940 Anschluß an de Gaulle, 1943–1944 Leiter des Geheimdienstes in Algerien, 1945 Informationsminister, 1945–1946 Kolonialminister, 1945–1946 Mitglied der ersten Konstituante, 1951–1958 und seit 1973 der Nationalversammlung, 1947–1951 Generalsekretär der RPF, 1955–1956 Generalgouverneur von Algerien, 1958–1959 Informationsminister, 1959–1960 Sonderminister für Saharafragen, Überseegebiete und Atomenergie, 1961–1968 Exil, seit 1973 Mitglied des Europarates.

dieser ganzen Situation und Entwicklung wirtschaftlich sehr geschwächt hervorgehen wird, was natürlich für die Verwirklichung unserer Europapolitik nicht gut ist. Wir können nur hoffen und wünschen, daß diese Zeit der Prüfung unserer Europapolitik gut vorübergehen wird. An dieser unserer Europapolitik werden und müssen wir unter allen Umständen festhalten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir in unserer Europapolitik schwierigen Zeiten entgegensehen.

Lassen Sie mich von hier aus sofort zur Sowjetunion übergehen. Die Schwächung Frankreichs bedeutet auch die Schwächung Europas, wobei ich ausdrücklich betonen möchte, daß de Gaulle – und zwar aufgrund vertraulicher Nachrichten, die ich bekommen habe – ein entscheidender Gegner des russischen Kommunismus geworden ist. Alles in allem gesehen, ist natürlich das westliche Lager durch alle diese Vorgänge geschwächt. Das stärkt zwar das östliche Lager; aber auch im Osten, wenn auch sehr laut dagegen getönt wird, sind ganz unabweisbare Schwierigkeiten entstanden, und zwar zunächst Schwierigkeiten zwischen der Sowjetunion und den Satellitenstaaten, die mehr oder weniger einen nationalen Kommunismus haben wollen, namentlich auch die jetzigen Machthaber. Es ist sehr bezeichnend, daß sich Rotchina sehr energisch in die Dinge eingemischt hat und als Hüter der wahren und echten Lehre Lenins aufgetreten ist.[13] Es hat auf Moskau dahin eingewirkt, daß diese echte und wahre Lehre nun auch wirklich weiter praktiziert wird. Das hatte Rotchina bisher nicht getan. Darin liegt natürlich, wenn man die Welt als solche betrachtet, auch wiederum eine sehr ernste Frage, nämlich die, wie wird der Einfluß dieses 600-Millionen-Volkes, wenn es sich einmal weiterentwickelt hat, auf die ganze Weltlage sein. Moskau wird also aufpassen müssen, daß ihm Rotchina in der Führung des Kommunismus nicht den Wind aus den Segeln nimmt.

Ich möchte nun auf Genf eingehen.[14] Für Genf gibt es ein sehr gutes Vorzeichen insofern, als man zum ersten Mal an den Grund der ganzen Probleme herangeht. Wenn sich die Wissenschaftler darüber einigen, daß es eine Möglichkeit gibt, Atomteste festzustellen, wenn man sich unter den Sachverständigen einigt – das ist ja die zweite Phase –, eine Bewaffnung mit einer anderen Zusammensetzung vorzusehen, wenn man weiter bei einer Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, daß man rechtzeitig Überraschungsangriffe feststellen kann, dann ist damit ein wirkliches Fundament zum ersten Mal geschaffen, um auch in Genf politische Verhandlungen mit einer gewissen Aussicht auf einen Erfolg zu führen. Insofern ist also die bevorstehende Konferenz

13 Nach dem 20. Parteitag der KPdSU von 1956 verstärkten sich ideologische Differenzen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion. Im Mai 1958 schließlich beschloß das ZK der KPCh die Verwirklichung des radikalen maoistischen Konzepts für den Aufbau eines sozialistischen Gesellschaftssystems. Mit der sogenannten „Politik der drei roten Banner" setzte sich Mao Tse-tung vom sowjetischen Modell ab. Vgl. Peter SCHIER: Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bis zur Kulturrevolution (1949–1966), in: VR China im Wandel. Bonn 1988 S. 69–74.

14 Expertenkonferenz über die Kontrolle von Nuklearversuchen vom 1. Juli bis zum 21. August 1958 in Genf (AdG 1958 S. 7154f. und ebd. S. 7255–7258).

in Genf für uns erfreulich. Wir können nur wünschen, daß die Forschungen und Untersuchungen, wie man einen Überraschungsangriff rechtzeitig feststellen kann, Erfolg haben werden.

Amerika kommt jetzt allmählich, sobald der Sommer vorbei sein wird, in das Wahlkampffieber hinein. Sie wissen, daß im November Kongreßwahlen stattfinden.[15] Alle Stimmen aus Amerika, auch die der Republikaner, sind sich darüber einig, daß ein großer Sieg der Demokraten kommen wird. Ich glaube aber, daß eine größere Mehrheit der Demokraten im Senat und im Repräsentantenhaus die europäische Linie der Vereinigten Staaten nicht verändern wird. Gott sei Dank sind sich Demokraten und Republikaner in den Vereinigten Staaten über die Außenpolitik im wesentlichen einig.

Nun möchte ich einige Worte zur Frage der Wiedervereinigung sagen. Wir müssen wohl doch feststellen, daß wir uns alle miteinander in der Schätzung des Zeitpunktes, an dem eine Wiedervereinigung erfolgen kann, getäuscht haben. Als wir in den Jahren 1948 und 1949 im Parlamentarischen Rat saßen und sich Sowjetrußland mit den drei anderen westlichen Mächten als Besatzungsmacht fühlte, waren wir alle der Auffassung, daß das Grundgesetz, das wir damals schufen, nur eine beschränkte Zeit Geltung haben würde und daß es dann durch eine Verfassung ersetzt werde, die von einer Nationalversammlung, und zwar aus sämtlichen Besatzungszonen Deutschlands gewählt, beschlossen würde. Das sind immerhin fast zehn Jahre her. Die Verhältnisse in der Welt haben sich immer mehr zugespitzt und verhärtet. Die beiden Fronten gegeneinander sind immer größer geworden und schärfer ausgeprägt worden. Wir sehen nun – darüber müssen wir uns völlig klar sein –, daß es absolut irreal gedacht war zu glauben, die Frage der Wiedervereinigung lösen zu können, ohne daß eine allgemeine Entspannung in der Welt eintritt.

Man muß sich, so bitter das auch ist, in die Lage der Russen hineinversetzen, in den Gesichtspunkt, von dem sie aus die ganze Situation betrachten. Die Russen wissen ganz genau, daß, wenn sie die DDR freigäben, Polen und die Tschechoslowakei und vielleicht auch Ungarn nicht zu halten wären. Daraus ergibt sich, daß man keine falschen Versprechungen machen darf. Das zahlt sich nicht aus; im Gegenteil, das ruft nachher Enttäuschungen hervor. Die Politik der Wiedervereinigung muß bis auf weiteres darauf gerichtet sein, das menschliche Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs lebendig und wach zu halten. Im übrigen müssen wir die Politik weiterverfolgen, die wir seit Jahr und Tag betreiben, die Politik der Abrüstung und damit der Entspannung.

In der Zone sind die Dinge z.Z. außerordentlich schlecht. Der Druck, der von der SED ausgeübt wird, hat sich immer mehr gesteigert. Wie mir ein Mann, der sehr

15 Am 4. und am 25. November 1958 Teilwahlen für 33 der insgesamt 96 Sitze des Senats und die Neuwahl des Repräsentantenhauses. Das Gesamtergebnis für den Senat: 64 (bisher 49) Demokraten, 34 (bisher 47) Republikaner, für das Repräsentantenhaus 283 (bisher 232) Demokraten, 153 (bisher 195) Republikaner. – AdG 1958 S. 7379, 7410f.

berufen ist, darüber zu urteilen, sagte, werden zwar in der Zone nicht die brutalen Mittel angewendet wie etwa in Ungarn oder sonstwo, dafür aber um so raffinierter ausgedachte geistige Qualen und Torturen, um die Menschen dort zu kneten und unter Druck zu halten. Wir müssen sehen, wie weit wir den Menschen dort, deren Verbindungen zum Westen fast ganz abgerissen sind, helfen können. Z.Z. bemüht man sich darum, die wichtigsten Verbindungsglieder, die wir haben – das sind die beiden christlichen Kirchen –, zu trennen. Die evangelische Kirche drüben ist einem besonders harten Druck ausgesetzt; aber auch der Druck auf die katholische Kirche hat schon seit einiger Zeit außerordentlich stark eingesetzt. Es ist z.B. dem Bischof Döpfner[16] nicht mehr gestattet worden, in den Teil seiner Diözese, der in der Ostzone liegt, einzureisen. Man versucht also da genau dieselben Mittel der Trennung. Das ist sehr bedauerlich und sehr traurig. Wir können nur hoffen, daß hier die Entwicklung der allgemeinen Entspannung früh genug Früchte trägt, bevor wir dort an geistigem Boden außerordentlich viel verloren haben.

Nun zur Innenpolitik! Die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik sollte uns heute morgen und auch heute nachmittag in besonderem Maße beschäftigen. Wir haben heute den 11. Juli. Der Bundestag ist in Ferien. Wenn er wieder am 29. September in Berlin zusammentritt, dann ist bereits ein Jahr vergangen seit der Bundestagswahl. Es wird dann noch eine Zeit von etwa eineinhalb Jahren für eine ruhige Arbeit möglich sein. Nach diesen eineinhalb Jahren fängt aber schon wieder die Arbeit für die neue Bundestagswahl im Jahre 1961 an. Diese Bewegungen werden zunächst nur mit einem Seismographen festzustellen sein, aber nach eineinhalb Jahren wird die politische Arbeit im Bundestag wieder sehr schwer werden. In diesen eineinhalb Jahren, die uns dann im Bundestag zur Verfügung stehen, werden sehr wichtige und entscheidende Gesetze verabschiedet werden müssen. Es hat keinen Zweck, uns jetzt darüber zu unterhalten, was alles gemacht werden muß. Ich möchte Ihnen aber versichern, daß die Bundestagsfraktion und die Parteileitung diese Situation ins Auge gefaßt und auch schon ein Programm über die Tätigkeit des Bundestages aufgestellt haben.

Es ist aber nicht etwa so, als ob der Bundestag seit der letzten Wahl nichts getan hätte; genau das Gegenteil ist der Fall. Halten Sie sich aber bitte vor Augen, wie schwierig es ist, eine Fraktion von 270 Menschen zu einem einigermaßen harmonischen Arbeitskörper zusammenzufassen. Ein großer Teil der Mitglieder kam neu in den Bundestag. Man mußte sich zunächst einmal kennenlernen und auch die Fähigkeiten der einzelnen Mitglieder feststellen. Es war eine sehr schwere Arbeit, die da geleistet worden ist, für die wir der Fraktion und ihrem Vorstand, insbesondere ihrem Vorsitzenden, Herrn Kollegen Dr. Krone, nur von Herzen dankbar sein können.

16 Dr. Julius Döpfner (1913–1976), 1948–1957 Bischof von Würzburg, 1957–1961 von Berlin (1958 Kardinal), 1961–1976 Erzbischof von München-Freising.

Ich möchte ein Wort über die wirtschaftliche Lage sagen. Der hektische Auftrieb ist Gott sei Dank vorüber, der in den vergangenen Jahren zu verzeichnen war und zu einer Überhitzung in manchen Zweigen der Wirtschaft geführt hat. Die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft bei uns in Deutschland ist wohl am ruhigsten und stabilsten von allen wirtschaftlich bedeutenden Ländern. Wir können dafür nur sehr dankbar sein.

Ich möchte nun einiges sagen über die Entwicklung des Parteiwesens in der Bundesrepublik. Es ist notwendig, aus zwei Gründen darüber zu sprechen. Wir haben in drei Bundestagswahlen gesiegt. Wir werden, wenn diese Wahlperiode zu Ende geht, zwölf Jahre verantwortungsvolle Arbeit hinter uns haben. Unsere Verantwortung während dieser zwölf Jahre war und ist außerordentlich groß; sie verpflichtet uns und gibt uns natürlich auch Anlaß zur Befriedigung. Ich komme gleich darauf zurück, wenn ich über die letzte Landtagswahl spreche. Wahlsiege bedeuten nicht nur Siege, sondern auch eine sehr große Verpflichtung.

Das zweite Moment in der Parteientwicklung ist unverkennbar der hervortretende Zug zum Zweiparteiensystem, den wir schon seit geraumer Zeit in der Bundesrepublik wahrnehmen. Ich brauche hier nicht viel darüber zu sagen, wie lächerlich es ist, wenn die Sozialdemokratie oder die FDP davon sprechen, daß wir nach einer Einparteienherrschaft strebten. Ich möchte gerne einmal wissen, wonach die Sozialdemokratie anders strebt als nach einer Herrschaft der Partei, einer Mehrheit für sie. Eine Mehrheit bedeutet ja keineswegs an sich, daß man damit die Mitarbeit anderer Parteien ausschließt. Leider Gottes ist es aber doch so im Bundestag, daß die beiden nicht in der Regierungskoalition sich befindenden Parteien, die SPD und die FDP, einfach nicht mitarbeiten wollen. Ich möchte das für diejenigen unter uns, die nicht tagtäglich im Bundestag dabei sind, einmal sehr nachdrücklich feststellen. Es ist wirklich kein Größenwahn bei unserer Fraktion oder etwa bei der Bundesregierung, daß wir die Mitarbeit der anderen nicht wollen, aber wir sind in entscheidenden Gebieten so weit auseinander in der Auffassung, daß eben eine Zusammenarbeit nicht möglich ist; es sei denn, wir verzichteten auf alles das, was wir nun in all den Jahren als richtig erkannt und befolgt haben und das sich auch in der Entwicklung Deutschlands sehr gut bewährt hat. Die SPD unterliegt einem sehr starken Zug zum Radikalismus. Ich kann mich Ihnen gegenüber auf wenige Sätze beschränken, weil Sie ja gerade diese Entwicklung verfolgen. Der Stuttgarter Parteitag war zuerst angekündigt als ein Parteitag der Reformer. Ich darf an die Namen erinnern, die vor diesem Parteitag genannt worden sind. Dann hat er eigentlich geendet mit einem Abstieg der SPD zum Radikalismus. Das zeigt sich nicht nur in der Wahl des Herrn Wehner.[17] Herr Wehner – ich kann das in diesem Kreise ruhig sagen, ohne in einen falschen Verdacht

17 Auf dem SPD-Parteitag, der vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart stattfand, war Wehner am 22. Mai zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt worden (SPD, Parteitag 1958 in Stuttgart S. 434f.; vgl. auch Peter LÖSCHE/Franz WALTER: Die SPD: Klassenpartei-Volkspartei-Quotenpartei. Darmstadt 1992 S. 184–192).

zu kommen –, der zweifellos die stärkste Potenz in der SPD ist, ist auch der Fleißigste dort. Er hat auch die meisten Kenntnisse und die stärksten Ellenbogen, und er ist der Radikalste. Es mag sein, daß vielleicht noch einige da sind, die noch radikaler sind. Das weiß ich nicht, aber jedenfalls unter den führenden Leuten ist Wehner sicher der Radikalste. Nach meiner Meinung tritt das am deutlichsten hervor in seinem Ausspruch, er sei ein altmodischer Mann, er sei ein Klassenkämpfer. Das schließt alles in sich ein. Da braucht man keine großen programmatischen Sachen zu machen; denn er stellt sich wieder auf den Boden des Klassenkampfes.

Machen Sie sich einmal klar, was das Wort Klassenkampf bedeutet. Das bedeutet zunächst, daß man davon ausgeht, es bestehen verschiedene Klassen in der Bevölkerung Deutschlands, und diese Klassen kämpfen gegeneinander. Wer das tut, also den Klassenkampf propagiert, der stellt sich nach meinem Empfinden außerhalb des Bodens der Demokratie, und er fällt zurück in eine Periode der Entwicklung der Sozialdemokratie, die ich für meine Person lange überwunden glaubte. Ich glaube nicht, daß eine der führenden sozialdemokratischen Persönlichkeiten in der Weimarer Zeit jemals einen solchen Ausspruch getan hat. Wir müssen uns aber damit abfinden, daß dies das Wort ist, das Herrn Wehner eigentlich am besten kennzeichnet, den Klassenkämpfer.

An seine Seite sind die Gewerkschaften getreten. Hier ist ein außerordentlich ernstes Kapitel aufgetaucht, über das wir uns zu gegebener Zeit einmal ausführlich unterhalten müssen. Die Gewerkschaften bekennen sich jetzt – im Gegensatz zu dem, was Böckler[18] und Freitag vertreten haben – ganz ausgesprochen zur sozialistischen Hilfs- oder Stammtruppe, gleichgültig wie Sie es nennen wollen. Für die Arbeitnehmer, die sich zu uns zählen, entsteht damit ein Dilemma. Es ist eine Frage, die sehr ernst und sehr schwer zu lösen ist. Ich möchte aber betonen, daß wir uns jetzt nicht darüber verbreitern sollten; denn diese Frage muß zunächst einmal weiter geklärt und für eine Diskussion vorbereitet werden. Ich möchte aber hier unserem Kollegen Blank[19] herzlich dafür danken, daß er so tapfer den Fehdehandschuh aufgegriffen hat, den man unserer Partei zugeworfen hat, und daß er dann so tapfer dem entgegengetreten ist. Er ist deswegen z.Z. bei den Gewerkschaften wohl noch verhaßter, als ich es bin. (*Blank:* Es bessert sich schon wieder!) Bei mir oder bei Ihnen? *(Heiterkeit.)* Ich wiederhole noch einmal: Wir sollten Herrn Blank dafür sehr dankbar sein.

Nun ein Wort zur FDP! Wenn man bedenkt, mit welch großen Ideen und Träumen seinerzeit die Düsseldorfer – begleitet von Herrn Dehler[20] – ausgezogen sind, um als

18 Hans Böckler (1875–1951), 1947–1951 Vorsitzender des DGB (zunächst der britischen Zone, ab 1949 des Bundesgebiets). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 111 Anm. 10.

19 Theodor Blank (1905–1972), 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1965 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 266 Anm. 41.

20 Dr. Thomas Dehler (1897–1967), 1949–1967 MdB (FDP), 1953–1957 FDP-Fraktionsvorsitzender, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 174 Anm. 11.

sogenannte dritte Kraft entscheidend die deutsche Politik mitzubestimmen, wenn man weiter bedenkt, welche Mittel sie angewandt haben, insbesondere die Herren Weyer[21] und Döring, und nun die Quittung betrachtet, die die Demokraten bekommen haben, sowohl bei der Bundestagswahl wie auch namentlich bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen, dann braucht man kaum noch ein Wort hinzuzufügen, um das völlige Fiasko, das sie erlitten haben, zu kennzeichnen.

Ich habe wenig Hoffnung – ich gebrauche absichtlich den Ausdruck Hoffnung –, daß sich die FDP in der Bundesrepublik aus diesem inneren Chaos noch einmal wird erholen können. Ich glaube auch nicht, daß die Führung des Herrn Maier in Stuttgart ausreicht, um dort wieder gesunde und vernünftige Verhältnisse herzustellen. Die FDP kommt heute in Frankfurt zusammen. Warten wir das einmal ab. Es scheint aber doch ziemlich sicher, daß keine Aussicht auf eine für uns tragbare Konsolidierung mit der FDP besteht.

Die Deutsche Partei macht uns natürlich auch Sorgen, und zwar ernste Sorgen. Ihre Fraktion im Bundestag ist jetzt auf 15 Mitglieder gesunken.[22] Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich ein solcher Abbröckelungsprozeß, wenn er in einer Fraktion einmal begonnen hat, auch fortsetzt. Was werden wird, wenn sie unter die 15-Mann-Grenze sinken und keine Fraktion mehr sind, das kann z.Z. niemand beantworten.

Nun sind in Niedersachsen im April des nächsten Jahres Landtagswahlen. Es wird notwendig sein, daß wir uns mit unseren Freunden aus Niedersachsen nach der großen Pause – Ferien will ich nicht sagen, das Wort „Ferien" ist eine Täuschung – einmal in einem kleinen Kreise zusammensetzen, um einmal in aller Ruhe zu überlegen, wie wir zur Deutschen Partei stehen und was besonders im Hinblick auf die Wahlen in Niedersachsen geschehen soll.

Bericht über die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Damit bin ich zu den Landtagswahlen in diesem Jahre gekommen. Sie wissen, daß fünf Landtagswahlen stattfinden. In Nordrhein-Westfalen hat sie schon stattgefunden. Dann folgen Schleswig-Holstein, Hessen, Bayern und Berlin. Die Bedeutung der Landtagswahlen brauche ich Ihnen nicht ausführlich klarzulegen. Sie wissen, daß sie von der SPD gewollt waren als eine Fortsetzung des Bundestagswahlkampfes und als ein Versuch, über den Bundesrat unsere Arbeit im Bundestag und in der Bundesregierung mehr oder weniger zunichte zu machen oder jedenfalls zu erschweren. Deshalb haben diese Landtagswahlen eine besondere Bedeutung.

---

21 Willi Weyer (1917–1987), 1950–1954 und 1958–1975 MdL NW (FDP), 1956–1958 Finanzminister, 1953–1954 MdB, 1956–1972 FDP-Landesvorsitzender. Vgl. Protokolle 2 S. 767 Anm. 71.

22 Zu Beginn der Legislaturperiode umfaßte die DP-Fraktion 17 Abgeordnete, von denen zwei im Juni 1958 ausschieden und zur FDP- bzw. CDU/CSU-Fraktion wechselten. Vgl. Datenhandbuch 1 S. 247.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat Gott sei Dank den schlechten Eindruck wieder wettgemacht, den die Wahl in Hamburg in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen hatte. Die Wahl hat zum ersten Mal seit dem Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen eine absolute Mehrheit der CDU gebracht. Wenn man sich vor Augen hält, daß Nordrhein-Westfalen unser volkreichstes Land und auch das größte Industrieland ist, so ist das ein sehr großer Erfolg. Wir sind den beiden Landesparteien, die sich zu einem Landespräsidium zusammengeschlossen hatten[23], von ganzem Herzen dafür dankbar. Sie werden wohl alle mit mir darin übereinstimmen, daß ich unseren Dank insbesondere den beiden Landesvorsitzenden, den Herren Johnen und Lensing, ausspreche. *(Lebhafter Beifall.)* Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist für die SPD und für die Gewerkschaften – wir müssen sie jetzt zusammen nennen – verlorengegangen, obwohl Nordrhein-Westfalen die größte Zahl an Arbeitnehmern der Industrie als Wähler hat. Das kann uns wirklich mit großem Vertrauen erfüllen, und zwar auch für unsere künftige Arbeit. Wie groß die Bedeutung dieses Sieges ist, nicht nur für das Land Nordrhein-Westfalen, sondern auch für unsere gesamte Politik in der Bundesrepublik, insbesondere für die Außenpolitik, das wird Ihnen ohne weiteres klar – ich brauche gar nicht von den Glückwünschen zu sprechen, die ich aus dem Ausland bekommen habe –, wenn Sie sich einmal die Sozialdemokraten und ihre Gesichter vorstellen! Welch ein ungeheuer großes Geschrei wäre durch den deutschen Blätterwald – mit Ausnahme der Blätter von Herrn Lensing[24] und der „Rheinischen Post" –, aber auch durch den ausländischen Blätterwald gegangen, wenn die Sozialdemokraten triumphierend hätten verkünden können: Seht, das ist die wahre Stimmung des Volkes. Bei der Bundestagswahl ist die Wählerschaft getäuscht worden. Jetzt haben die Leute aus Nordrhein-Westfalen – das sind die Industriearbeiter, die aufgeklärten SPD- und FDP-Leute – tatsächlich so gestimmt, wie das Volk denkt.

Das wäre allerdings für die außenpolitische Lage, namentlich bei der Schwäche Frankreichs, verheerend, ja vernichtend gewesen. Sie müssen einmal einige Minuten darüber nachdenken, um sich klarzumachen, welch außerordentlich große Bedeutung unser Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen hat.

Ich möchte noch ein Wort des Dankes an die beiden Landesvorsitzenden richten, weil sie unmittelbar nach der Wahl allen Munkeleien, wer denn nun Ministerpräsident wird[25], so schnell ein Ende gemacht haben, indem sie sehr schnell eine Entscheidung herbeiführten, wobei sie sich vorher darüber verständigt hatten, daß die Entscheidung, die nun gefällt werde, von allen anerkannt, unterstützt und begrüßt würde. *(Beifall.)* Das ist eine vorbildliche und kluge politische Haltung. Auch dafür müssen wir den

23 Die CDU-Landesverbände des Rheinlandes und Westfalens hatten nach dem Sturz von Ministerpräsident Arnold im Februar zur Straffung der Oppositionsarbeit am 22. März 1956 ein gemeinsames Landespräsidium geschaffen. Vgl. UiD Nr. 23/24 vom 22. März 1956, Sonderbeilage S. 1.

24 Lambert Lensing war Verleger der „Ruhr-Nachrichten".

25 Dr. Franz Meyers.

beiden Landesvorsitzenden von Herzen dankbar sein. Durch die Schnelligkeit, mit der gehandelt worden ist, ist der Sieg, der am Tage vorher erfochten wurde, in seiner plastischen Größe erst richtig in Erscheinung getreten. Der Wahlkampf war heiß, aber manches ist doch dann wieder klargeworden.

Das gilt auch für die kommenden Landtagswahlen. Ich möchte miteinbeziehen Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, die im nächsten Jahr wählen werden[26], so daß also die Serie der Landtagswahlen eigentlich gar nicht aufhört. Im Dezember wählt Berlin, im April des nächsten Jahres Niedersachsen, und dann schließt sich im Mai Rheinland-Pfalz an. Wie die innenpolitische Situation nun einmal ist, muß man diese ganzen Landtagswahlen unter einem Gesichtspunkt betrachten.

Lassen Sie mich hier einige Bemerkungen machen. Ich nehme an, daß wir von den Herren aus Nordrhein-Westfalen noch das eine oder andere über den Verlauf der Wahl hören werden, woraus wir sicher vieles lernen können. Ich möchte drei Punkte hier erwähnen. Verzeihen Sie, wenn ich zuerst von der Geldfrage spreche. Aber das Geld ist nun einmal, auch wenn das nicht so recht anerkannt wird in Karlsruhe, eine sehr wichtige Munitionsfrage beim Wahlkampf. Nun etwas zu dem Urteil in Karlsruhe![27] Nach altem deutschen Recht konnte man eine Woche lang den Richter schelten. Aber ich möchte doch hier betonen, daß die Anschauung über die tatsächlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik, die dem Urteil – soweit man hineinsehen kann – zugrunde liegt, gerade durch die Wahl in Nordrhein-Westfalen wirklich ad absurdum geführt worden ist. *(Zuruf:* Sehr richtig!) Man ist davon ausgegangen, daß alle Parteien die gleiche Chance haben müßten. Zunächst einmal, wie sollen wir der FDP eine Chance geben? *(Lebhafte Heiterkeit.)* Das kann man doch nicht! Dann müßte man vor jeder Wahl alle Parteien auflösen und sagen: Fangt alle an! Und dann müßte man sehen, wer die meisten Stimmen bekäme. Also, das ist doch ein luftleerer Raum, diese Chancengleichheit.

Meine Damen und Herren! Nach meinen persönlichen Beobachtungen hat bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die CDU die wenigste Geldhilfe gehabt, aber im Verhältnis zu ihrer Wählerzahl hat die FDP im Geld geradezu geschwommen; *(Zuruf:* Sehr richtig!) denn wenn die FDP am Tage nach der verlorenen Wahl auf ihre Plakate ein neues Plakat hat aufkleben lassen „Wir danken unseren Wählern für ihre Stimme", dann muß sie doch eine ungeheuer große Geldsumme zur Verfügung gehabt haben. Sie konnte zwar die Plakate, die man immer wieder verwenden kann, zurückgelegt haben, aber es zeigte sich doch, weil sie diese Plakate vorher hat drucken lassen, daß die FDP ihres Sieges sicher gewesen ist.

Auch die SPD – das möchte ich nachdrücklich erklären, und ich hoffe, darin mit Ihrem Urteil übereinzustimmen – hat mindestens, wenn nicht mehr, soviel Geld zur Verfügung gehabt, wie wir gehabt hatten. Sie müssen auch alles das zu

26 Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen am 19. April 1959.

27 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung der politischen Parteien vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57). Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 8 Nr. 6 S. 51–71.

den Wahlausgaben der SPD rechnen, was sie für den Kampf gegen den Atomtod ausgegeben hat. Das ist eine ganz große Summe. Vielleicht haben Sie auch die Drucksachen gesehen, die so nobel ausgestattet waren. Ich habe immer gefragt, woher hat die eigentlich das Geld her. Von den DM 100.000,–, die angeblich nur die Gewerkschaften gegeben haben, kann man das unmöglich bestreiten.

Die Geldfrage ist durcheinandergekommen durch das Urteil von Karlsruhe, aber wir hoffen, daß sich doch hier wiederum Möglichkeiten ergeben, die mit dem Urteil in Einklang stehen und die uns auch zu gegebener Zeit den Nervus rerum bringen.

Ganz wichtig scheint mir doch in diesem Wahlkampf die Frage der Organisation und die des Kampfgeistes gewesen zu sein, die sich dort gezeigt haben. Ich möchte hier zwei Ziffern nennen, die mir haftengeblieben sind. Als ich am Sonntagabend die Wahlresultate erfuhr, hörte ich, daß die Wahlbeteiligung in Köln bei etwa 63 % gelegen hat. Das ist wohl die niedrigste Wahlbeteiligung im Land gewesen. Im Wahlkreis Warburg betrug die Wahlbeteiligung 86 %. Nun erkenne ich ohne weiteres an, daß unter Umständen die Westfalen klüger sind als die Rheinländer, aber wenn ich mir nun auf der einen Seite Warburg und auf der anderen Seite Köln vorstelle, dann glaube ich, daß man hier nicht ohne weiteres vom Durchschnitt der Klugheit bei den Westfalen und bei den Rheinländern ausgehen kann, sondern ich hätte doch annehmen müssen, daß die Kölner etwas mehr Grütze im Kopf gehabt hätten, aber sie waren zu faul. *(Zuruf:* Sehr richtig!) Und hier an dem Beispiel Kölns ist die Frage der Organisation so unmittelbar klar geworden, daß wir nun wirklich die nötigen Konsequenzen daraus ziehen müssen. Das gilt auch für die nächsten Wahlen in den anderen Ländern. Wenn sich irgendwo, wie z.B. in Köln, ganz offenbar ein derartiger Mangel an Organisation und an Kampfgeist zeigt – das hängt ja unmittelbar zusammen –, dann bedarf es hier einer sehr sorgsamen und intensiven Arbeit, um da gründlich nachzuhelfen.

Ein Wort noch zur Jungen Union! Eine der erhebendsten und schönsten Versammlungen, die ich in diesem Wahlkampf mitgemacht habe, war die an jenem Sonntag, als die Junge Union von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf zusammenwar.[28] Es war da eine Versammlung mit einer Teilnehmerzahl, die man ohne Übertreibung auf 13.000 bis 14.000 schätzen kann. Es waren 11.000 feste Plätze, das übrige Stehplätze. Davon waren – das ist eine Schätzung, aber doch ziemlich zuverlässig – etwa 90 % junge Leute beiderlei Geschlechts.

Es war für mich der erhebendste Eindruck im ganzen Wahlkampf, daß gerade in diesem Land soviel Jugend sich für unsere Partei entschieden hat. Ich habe manchmal gedacht, was wird nun eigentlich werden, wenn wir zehn Jahre weiter sind und alle diejenigen, die den Nationalsozialismus erlebt haben und zu den Gründern der CDU und CSU gehören, nicht mehr unter uns weilen. Ich muß sagen, in dieser Versammlung der Jungen Union habe ich zum ersten Mal die Überzeugung bekommen, daß wir mit

28 Großkundgebung der Jungen Union Rheinland und Westfalen am 8. Juni 1958 in Düsseldorf (TERMINKALENDER).

der CDU und der CSU feste Wurzeln in der jungen Generation geschlagen haben. Wir müssen also überall zur Jungen Union stehen. Sicher, wir sind auch alle mal jung gewesen, und in der Jugend überspannt man etwas den Bogen und geht in seinen Forderungen manchmal zu weit. Ich bin nun auch wirklich nicht dafür, daß nun ein großer Prozentsatz von Referendaren Bundestagsabgeordnete werden, Herr Kollege Krone, aber wir müssen doch die Junge Union fördern. Insbesondere müssen wir sie fördern in den Kommunen.

Damit komme ich auf ein sehr ernstes Kapitel. So sehr wir Anlaß haben, uns über das zu freuen, was wir im Bund und in den Ländern erreicht haben, so wenig haben wir Veranlassung, uns über das zu freuen, was bisher in den Kommunen erreicht worden ist. Gerade in den Kommunen hat doch die Sozialdemokratie – wenn ich jetzt von Nordrhein-Westfalen ausgehe – in einer Weise Wurzeln geschlagen, die erschreckend ist. Bedenken Sie bitte – ich als alter Kommunalmann habe doch ein gewisses Urteil darüber –, daß sich der unmittelbare Zusammenhang zwischen Behörde und behördlicher Autorität im Hinblick auf Entgegenkommen oder Ablehnung auf der kommunalen Ebene am deutlichsten zeigt. Deshalb bin ich der Auffassung, daß uns hier noch eine ganz große Aufgabe bevorsteht. Das ist die Frage, wie sorgen wir dafür, daß die nächsten Kommunalwahlen besser ausfallen als bisher. (*Bitter:* Sehr richtig!) Wir haben im Jahre 1960 in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen.[29] Ich weiß nicht, wann wir in den anderen Ländern Kommunalwahlen haben, aber es ist ein zentrales Problem, und wir können unmöglich die Stellung, die wir im Bund und in den Ländern haben, weiterhalten, wenn wir nicht stärker in den Kommunen werden. (*Bitter:* Sehr richtig!) Wir müssen also gerade dieser Aufgabe in der kommenden Zeit unsere ganz besondere Aufmerksamkeit schenken.

Ich möchte schließen, indem ich nochmals betone, daß die Siege, die wir im Bund und in den Ländern errungen haben, immer eine große Verantwortung in sich schließen. Wir alle müssen uns davon freihalten, auf den errungenen Lorbeeren auszuruhen; denn dann sind die Lorbeeren sehr schnell verwelkt und zerfallen. Machen wir uns das eine klar, daß eine große Auseinandersetzung mit der SPD und den Gewerkschaften im Jahre 1961 uns bei der nächsten Bundestagswahl bevorsteht, daß aber alle Arbeiten, die wir von jetzt an für die Landtagswahl und Kommunalwahl leisten, eine ausgezeichnete Vorbereitung dazu sind.

Wir wollen weiter vorbereiten und arbeiten, damit wir im Jahre 1961 die Mehrheit nicht abzugeben brauchen, die wir uns durch eine lange und harte Arbeit im Bundestag errungen haben. *(Starker Beifall.)*

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Unser Freund Karl Arnold ist nicht mehr unter uns. Jakob Kaiser ist seit geraumer Zeit durch seine Krankheit bei unserer Arbeit nicht mehr dabei. Herr Gerstenmaier befindet sich z.Z. auf

29 Die Kommunalwahlen fanden erst am 19. März 1961 statt, da das Bundesverfassungsgericht mit Entscheidung vom 2. November 1960 das Kommunalwahlgesetz für Nordrhein-Westfalen für nichtig erklärt hatte. Vgl. AdG 1960 S. 8736; AdG 1961 S. 8985.

dem Fluge von Peru nach Chile, so daß es mir als dem einzigen hier stellvertretenden Vorsitzenden obliegt, Ihnen, Herr Bundeskanzler, ein sehr herzliches Wort des Dankes zu sagen. *(Beifall.)* Wir haben diesen Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen miterlebt und gesehen, wie der Wahlkampf zunächst infolge der Fußballweltmeisterschaft[30] ein wenig unterging. Der einzige, der diese Fußballweltmeisterschaft an dem Abend, als sie übertragen wurde, überwunden hat, waren Sie mit Ihrer großen Überlegenheit und Ruhe. Ansonsten war es so, daß die Straßen wie leergefegt waren bis auf ein paar junge Mädchen, die weder am Fußballspiel noch an der Politik Interesse haben. Aber der allergrößte Teil der Menschen verfolgte am Fernsehschirm oder am Rundfunkgerät das, was in Schweden vor sich gegangen ist. Wir haben dabei eine tröstliche Überzeugung, daß nämlich in diesem Fußballweltmeisterschaftskampf auch der Kampf gegen den Atomtod gleichsam mit unterging. Das war aber auch das einzige tröstliche Moment. Ansonsten haben wir gesehen, wie in diesem Land der Wahlkampf geführt worden ist. Wir haben bei dieser Gelegenheit übrigens festgestellt, welch großes Ausmaß das Land Nordrhein-Westfalen hat. Wenn man nämlich an einem Abend – wie es der Herr Bundeskanzler oft genug getan hat – in der einen Ecke im Norden und dann auch noch in der anderen Ecke im Süden sprechen mußte, hat man gesehen, wie groß dieses Land ist.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, den beiden Landesvorsitzenden, unseren Freunden Johnen und Lensing, den Dank für ihre Arbeit abgestattet. Wir, die dabeigewesen sind, können feststellen, daß eine der Komponenten, von denen Sie gesprochen haben – Sie erwähnten eben das Geld und den Kampfgeist –, nämlich der Kampfgeist, von Ihnen in einer Form ausgestrahlt worden ist, daß selbst die Müdesten mehr oder weniger sich angespornt fühlten und versuchten, Ihnen nachzueifern. Ich darf Ihnen dafür, Herr Bundeskanzler, herzlich danken, daß Sie uns ein solches Vorbild gewesen sind und durch Ihren Kampfgeist die Brüder der anderen Parteien gleichsam an die Brust genommen haben. Das war für uns alle eine außerordentlich große Erfrischung! *(Beifall.)* Ich glaube, daß diese Art viel dazu beigetragen hat, daß wir alle mit Schwung und Humor und mit viel Vertrauen in diese Wahl hineingegangen sind. Dieser Wahlkampf hat sich in der Vorbereitung gegenüber dem Hamburger Wahlkampf dadurch unterschieden – Herr Blumenfeld wird es mir nicht übelnehmen –, daß hier gesagt wurde: Wir gewinnen die Wahl, während man in Hamburg fast immer nur sagte: Diese Wahl ist nicht zu gewinnen.

Wir sind also mit viel Humor, mit großem Schwung und mit einem starken Vertrauen in den Wahlkampf hineingegangen und haben es auch glänzend geschafft. Ich bin davon überzeugt, daß wir, wenn wir in der gleichen ostentativen Form den Wahlkampf in den anderen Ländern führen, auch die kommenden Landtagswahlen gewinnen werden.

Ihnen, Herr Bundeskanzler, für Ihre vorbildliche Arbeit und Leistung noch einmal herzlich zu danken, ist uns allen hier im Vorstand ein aufrichtiges Bedürfnis.

---

30 Vom 8. bis 29. Juni 1958 in Schweden.

Adenauer: Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren! Vielleicht geben jetzt die Herren aus Nordrhein-Westfalen einige Erläuterungen zur Landtagswahl. Wir können sicher viel daraus lernen.

Lensing: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich Ihnen für Westfalen nähere statistische Angaben mache, die die einzelnen Wahlkreise und Bezirke betreffen. Das statistische Material liegt in unserer Geschäftsstelle vor und steht Ihnen selbstverständlich, soweit es Ihren Zwecken dienlich sein kann, jederzeit zur Verfügung.

Wir hatten bei dieser Landtagswahl um zwei besondere Probleme zu kämpfen. Einmal kam es darauf an, die Wahlbeteiligung von 1954 zu erhöhen, weil bekanntlich eine hohe Wahlbeteiligung auch einen guten Erfolg für die CDU bringt. Die Wahlbeteiligung in Westfalen hat sich diesmal gegenüber 1954 von 76,3 % auf 79,6 % erhöht. In den Wahlkreisen Olpe, Lippstadt und Paderborn wurde sogar die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl übertroffen. Insofern ist uns also der Erfolg nicht versagt geblieben.

Das zweite Problem war die Überwindung der Agitation gegen die atomare Aufrüstung. Wir haben gerade in Westfalen mit diesen Dingen sehr stark zu kämpfen gehabt. Ich erinnere an die Großkundgebung gegen den Atomtod in Dortmund[31], acht Tage vor der Wahl, bei der sich der Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratie und leider auch die evangelische Geistlichkeit engagiert hatten. Der Gewerkschaftsbund erlitt bei dieser Kundgebung eine Niederlage. Abgesehen von den Straßenbahnern und den städtischen Beamten, die von der Stadt in die Kundgebung gewissermaßen hineingeschickt worden sind, ist diese Kundgebung von der Arbeiterschaft kaum besucht worden. Ich stimme mit dem Herrn von Hassel überein, daß diese Kampagne gegen den Atomtod – sie war ja auch eine Zeitlang durch die Fußballweltmeisterschaft überdeckt – doch nicht so dramatisch gewesen ist, wie wir uns das zu Anfang vorgestellt hatten.

Ich persönlich bin nicht zufrieden mit dem Wahlergebnis im westfälischen Industriegebiet. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 1957 sind dort in keiner Weise erreicht worden. Wir haben im Industriegebiet zwei Wahlkreise verloren, und zwar Recklinghausen und Bottrop. Wir haben allerdings die große Freude gehabt, zum ersten Mal seit 1948 in Dortmund einen Landtagswahlkreis wieder zu gewinnen.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, vorhin auf die große Bedeutung der Kommunalpolitik hingewiesen. Ich sehe gerade im Industriegebiet hinsichtlich der Kommunalpolitik eine große Gefahr für uns. Bei uns im Industriegebiet ist es so, wenn in den kommunalen Parlamenten die CDU und die SPD vier Jahre lang gewissermaßen

31 Die vom DGB organisierte Großkundgebung gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr fand am 26. Juni 1958, wenige Tage vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, in Dortmund statt. Am Rand der Veranstaltung kam es zu Tumulten, die Anlaß heftiger Auseinandersetzungen im Wahlkampf waren. Vgl. Korrespondenz, Berichte etc. in ACDP III-002-319/2, Presseberichterstattung in ACDP VI-010-827.

koalitionsmäßig zusammensitzen und sich dann sechs Wochen vor der Landtagswahl gegenseitig den Krieg erklären, so wird das von der Bevölkerung einfach nicht abgenommen. Wir werden gerade im Industriegebiet unser Augenmerk darauf richten müssen, daß man in den kommunalen Parlamenten die notwendige Distanz zur Sozialdemokratie wahrt. Natürlich muß auch die Opposition mitarbeiten, aber es muß doch eine gewisse Distanz geschaffen werden. Im Industriegebiet ist uns der Wahlkreis Recklinghausen durch das Zentrum verlorengegangen.[32] In Recklinghausen-Stadt ist unser Kandidat mit 200 bis 300 Stimmen unterlegen, und zwar deshalb, weil das Zentrum in einer Reihe von Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hat.

Ich bin der Meinung, daß der Schwerpunkt des Wahlkampfes in Westfalen nicht ganz richtig angelegt war. Der Schwerpunkt des Wahlkampfes mußte nach meiner Meinung ins Industriegebiet gelegt werden. Die Kundgebung in Dortmund zu Beginn des Wahlkampfes hat letzten Endes zwar ergeben, daß wir einen Wahlkreis dort gewonnen haben, aber sonst ist das Industriegebiet schlecht weggekommen. Ich führe das darauf zurück, daß die Hoffnungen, die wir für das Industriegebiet gehabt haben, sich durch die Schwerpunktverlagerung nicht erfüllt haben. (*Adenauer:* Aber ohne mein Zutun!) Ich weiß es, Herr Bundeskanzler, wir haben uns darüber unterhalten im kleinen Kabinettsaal. Ich persönlich trage dafür die Verantwortung, wenn auch diese Dinge etwas gegen meinen Willen gelaufen sind. Aber das spielt alles keine Rolle gegenüber dem Gesamtergebnis, das wir in Westfalen erzielt haben. Die SPD hat im Sauerland und im Münsterland Stimmen gewinnen können. Das ist bedenklich, gerade in diesen Bezirken, die früher unsere Domäne waren. Das kommt wahrscheinlich daher, daß diese Gebiete seit 1945 sehr stark aufgefüllt worden sind. Dagegen hat die SPD in ihren Stammbezirken im Industriegebiet am allerwenigsten zugenommen.

Die FDP ist von 11,5 % im Jahre 1954 auf 7,1 % im Jahre 1958 zurückgegangen. Das Zentrum hat in Westfalen immerhin noch 1 % der Stimmen bekommen. Das ist gegenüber früher sehr wenig, aber in vielen Wahlkreisen sind die Zentrumsstimmen, und zwar durch Hoffmanns[33] Aufruf in 86 Wahlkreisen, noch zum Zuge gekommen und haben entsprechend auf das Wahlergebnis eingewirkt. Der Zusammenschluß von DP und BHE in Nordrhein-Westfalen[34] hat zweifellos der FDP Stimmen abgezogen. Aber in ganz Nordrhein-Westfalen hat die DP nur 125.000 Stimmen aufgebracht. Das ist also nicht nennenswert.

---

32 Im Wahlkreis 93 (Recklinghausen-Stadt) errang die CDU 30.276 Stimmen (45,6 %), die SPD 30.566 Stimmen (46,0 %), das Zentrum 464 Stimmen (0,7 %). Vgl. Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen 4. WP S. 264f.; ACDP III-002-318/3.

33 Ein Aufruf von Johannes Hoffmann, dem früheren saarländischen Ministerpräsidenten, ist nicht zu ermitteln. Möglicherweise handelt es sich um einen Aufruf des Zentrumsvorsitzenden Brockmann.

34 Am 4. Mai 1958 billigte ein außerordentlicher Landesparteitag des BHE in Dortmund den Beschluß des Landesausschusses über ein Wahlbündnis mit der DP, demzufolge DP und BHE den Landtagswahlkampf gemeinsam als Deutsche Partei führten. Vgl. „Die Welt" vom 5. Mai 1958 und „Westfalen-Zeitung" vom 7. Mai 1958, beide in ACDP III-002-319/2.

Der Tod Karl Arnolds hat zunächst bei uns im Lande, vor allen Dingen im Industriegebiet, schockartig gewirkt und vielleicht die Wahlarbeit für einen Moment etwas gelähmt. Aber wenn ich heute zurückblicke, so kann ich doch sagen, der Tod Karl Arnolds hat uns sogar noch mehr Stimmen eingebracht durch das große Ansehen, das Karl Arnold bei der Bevölkerung gehabt hat. Das ist ja auch bewiesen worden durch die riesige Anteilnahme der Bevölkerung in Düsseldorf.[35]

Im neuen Landtag sind 104 CDU-Abgeordnete; davon entfallen auf das Rheinland 66 und auf Westfalen 38. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Westfalen – da wir weniger direkte Wahlkreise haben und unsere Stimmen auf die Landesliste übergehen – für jeden Kandidaten 46.350 Stimmen benötigt werden, während im Rheinland nur 33.699 Stimmen dafür erforderlich sind.

Adenauer: Wir danken Ihnen sehr; das Wort hat Herr Johnen.

Johnen: Ich darf zunächst über den Dank hinaus, der dem Herrn Bundeskanzler bereits ausgesprochen worden ist, auch all den Mitarbeitern danken, die uns im Wahlkampf geholfen haben. Wir dürfen erstmalig mit Zufriedenheit sagen, daß wir vom Bund her diesmal ausreichende Hilfe hatten.

Ich fange mit den kleinen Parteien an. Leider hatte das Zentrum – d.h. die drei Reliquien des Zentrums[36] – noch Kandidaten aufgestellt. Das hat in einzelnen Wahlkreisen Schwierigkeiten gemacht. Wenn ich das Beispiel Recklinghausen – mit Genehmigung des Herrn Lensing – nehme, so ergibt sich folgendes: 46 % SPD, 45,6 % CDU. Hier fehlen also vier Zehntel Prozent. Das Zentrum hat dort sieben Zehntel Prozent erreicht. Wenn man nun davon ausgeht, daß etwas mehr als die Hälfte des Zentrums CDU gewählt hätte, dann hätten wir es auch hier geschafft. Das liegt also drin. *(Anhaltend starke Unruhe.)*

Adenauer: Meine Herren! Es sind sehr interessante Ausführungen. Ich darf doch um Ruhe bitten!

Johnen: Die FDP hat sich nicht so stark gehalten, sondern sie hat einen größeren Zuwachs vom BHE bekommen. Der BHE hat also nicht DP, sondern FDP gewählt. Wenn das nicht passiert wäre, dann wäre die FDP unter die 5%-Grenze gesunken. Es kommt hinzu, daß es der Gruppe Döring–Weyer gelungen ist, in den letzten vier Wochen mit einer gewissen Macht der rheinisch-westfälischen Industrie wieder in Harmonie zu kommen. Nun kann es durchaus sein, daß die FDP noch riesige Schulden hat. Ich weiß nicht, wer sie jetzt deckt. Aber davon einmal ganz abgesehen!

---

35 Trauerfeier im Landtag und Beerdigung am 3. Juli 1958. Vgl. „Die Welt" vom 4. Juli 1958, auch zur Anteilnahme der Bevölkerung.

36 Von ursprünglich neun Zentrumsabgeordneten im Landtag von NW in der dritten Wahlperiode waren dies: der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Johannes Brockmann, der nordrhein-westfälische Justizminister (1950–1958) Dr. Rudolf Amelunxen und Frau Maria Flink; sie waren zugleich die letzten Zentrumsabgeordneten in einem Landesparlament. Die übrigen sechs Abgeordneten waren Ende März 1958 zur CDU übergetreten. Vgl. Stöss 1 S. 1220; „Die Welt" vom 21. März 1958; ACDP III-002-318/1 und -319/2.

Wir haben im Rheinland etwas mehr Glück gehabt als in Westfalen; das kann aber auch an der Struktur der Bevölkerung liegen, weil das schwierige Gebiet in Westfalen liegt und nicht im Rheinland. Wir werden also für die Bundestagswahlen darauf achten müssen. Wir hatten eine hohe Wahlbeteiligung mit hohen CDU-Prozentsätzen auf dem Land. In den Städten wird es schwierig. In Köln und Düsseldorf haben wir 50 % CDU-Stimmen bekommen. Wir haben uns nicht irreführen lassen. Die SPD steigt aber in der Stadt ständig. Auch hierauf müssen wir bei den Bundestagswahlen genau achten. Unser Schwerpunkt muß in die Großstädte verlagert werden. Diese Nutzanwendung habe ich persönlich aus den Wahlen gezogen.

Es ist uns im Rheinland gelungen, nicht nur die bisherigen 52 Wahlkreise wiederzubekommen, sondern darüber hinaus noch acht neue Wahlkreise, und zwar Remscheid, Solingen-Ohligs, Wuppertal-Südwest, Wuppertal-Nordwest, Wuppertal-Südost, Duisburg, Oberhausen I und Oberhausen II. Wir haben aber einen geringeren Prozentsatz bei der Wahlbeteiligung als Westfalen. Westfalen liegt bei 79 % und wir bei 74,1 %. Wir liegen aber deshalb so günstig, weil unsere Landkreise eine sehr hohe Wahlbeteiligung aufweisen. Die Bundestagswahl haben wir nirgendwo erreicht. Wir hatten bei der Bundestagswahl 93 bis 94 %.
Die höchste Wahlbeteiligung war in folgenden Kreisen:

Geldern	88,1 %	Jülich	87,4 %
Schleiden	87,0 %	Kleve	85,0 %

In zwölf Wahlkreisen hatten wir eine Beteiligung von über 80 %. Dieses schöne Ergebnis haben uns aber die Großstädte kaputtgemacht, nämlich:

Köln	65,6 %	Duisburg	70,8 %
Wuppertal	68,3 %	Remscheid	72,0 %

Trotzdem hat sich die früher aufgestellte These, daß eine hohe Wahlbeteiligung uns viel Stimmen bringe, diesmal in einzelnen Fällen als unrichtig erwiesen. Das gilt namentlich für Köln. (*Schröder:* Da ist die SPD genauso müde!) Die SPD ist nicht in diesem Verhältnis in Köln zur Wahl gegangen. (*Schröder:* Also noch müder!)
Die Wahlbeteiligung betrug in Köln:

Wahlkreis I	63 %, davon 53 % CDU Das ist eine ganz sonderbare Geschichte.
Wahlkreis II	66 %, davon 56,5 % CDU Das ist sogar in Köln möglich!
Wahlkreis III	63,3 %, davon 51,1 % CDU Das ist der Wahlkreis mit der geringsten Beteiligung.
Wahlkreis IV	65,5 %, davon 53,8 % CDU
Wahlkreis V	64,0 %, davon 49,6 % CDU
Wahlkreis VI	66,0 %, davon 49,6 % CDU

Wenn ich hierzu oberflächlich nach meinem Gefühl etwas sagen darf, so ist das die Folge der Kommunalpolitik der SPD in Köln. Die Kölner SPD ist nicht wählen gegangen, weil die SPD-Führung außerordentlich große Machtansprüche gestellt hat, obwohl sie dort den sehr populären Oberbürgermeister Burauen[37] hat. Das ist nach meinem Gefühl die Ursache, obwohl ich kein Kölner bin.

Nehmen Sie Rheydt! 1954 hatte Rheydt 8,6 % Zentrumsstimmen. Der Oberstadtdirektor war Zentrum. Das Zentrum ist ausgefallen. Die SPD hat sich um 5,8 % verringert. Wenn man dazurechnet etwa 6,1 % mehr Wahlberechtigte, dann hat man einen Unterschied von 21,8 %, die sich wie folgt verteilen: 14,1 % CDU (die CDU ist um 14,1 % gegenüber 1954 gestiegen), 5,3 % SPD, 2,4 % DP.

Das ist alles oberflächlich gerechnet. Wir haben auch in Düsseldorf mit über 51 % zum ersten Mal die absolute Mehrheit, bei einer Wahlbeteiligung von insgesamt 72 %. Wir werden noch eine genaue Wahlanalyse machen müssen. Die Dinge liegen in den einzelnen Gebieten außerordentlich verschieden.

Auch die Wahlversammlungen waren so unterschiedlich besucht, wie ich das noch nicht erlebt habe; abgesehen davon, daß auch die Fußballweltmeisterschaft sehr unterschiedlich eingewirkt hat. Es gibt Ortsgruppen, die alle zum Fernsehen weggegangen sind. Wir haben also völlig verschiedenartige Reaktionen festgestellt. Es wäre sehr interessant für die kommenden Landtagswahlen, wenn sich die Landesverbände einmal außerhalb einer Vorstandssitzung zusammensetzten, um alle diese Dinge zu erörtern. Ich halte es für sehr wichtig, einmal im einzelnen zu hören, was geschehen ist. Bei uns waren der Wahlkampf und auch die Reaktionen der Bevölkerung ganz anders als früher.

Meyers: Meine Damen und Herren! Ich habe von der Bundesgeschäftsstelle einige Ergebnisse über das Rheinland und Westfalen zusammengestellt bekommen, die ich Ihnen gleich vortragen möchte. Vorweg darf ich sagen, der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen war, was die Kräfte angeht, erheblich verzehrender als der Bundestagswahlkampf. Wir müssen aus diesem desolaten Zustand die Folgerungen ziehen und überlegen, ob wir nicht Methoden finden und durchführen können, nach denen wir weniger unsere Kräfte verbrauchen und verschleißen. Vielleicht kann man das durch einen größeren Geldeinsatz erreichen; bestimmt aber werden wir uns die modernen Einrichtungen und Geräte wie Fernsehen, Film und Funk zunutze machen müssen. *(Beifall.)* Es hat sich weiter herausgestellt – das sieht man am besten, wenn man selber als Redner in die Kreisparteien kommt –, daß es richtig ist, wenn wir vom Bundesvorstand aus einmal überlegen, wie wir zu einem sogenannten ständigen „Wahlkopf", den wir zusammenstellen müssen, kommen können. Es gibt bei den Wahlkämpfen immer wieder die gleichen Fehler, und daraus sollten wir lernen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

---

37 Theodor Burauen (1906–1987), 1954–1966 MdL NW (SPD), 1954–1973 Bürger- bzw. Oberbürgermeister (seit 1956) in Köln.

Nun darf ich Ihnen die vorläufige Zusammenstellung bekanntgeben, die aber noch einer genauen Auswertung bedarf.

Die Landtagswahlen 1958 in Nordrhein-Westfalen

I. Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wahlberechtigten stieg von 1954 bis 1958 von rund 9,7 Millionen auf 10,5 Millionen. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 betrug die Zunahme der Wahlberechtigten rund 150.000.

Die Jungwähler und die Sowjetzonenflüchtlinge bilden die Hauptgruppen der gegenüber den Vergleichswahlen hinzugekommenen Wahlberechtigten.

Die Wahlbeteiligung erreichte mit 76,6 % einen Höchststand für Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Sie blieb allerdings nennenswert (rd. 13 %) unter der Wahlbeteiligung der Bundestagswahl 1957.

Besonders hoch war die Wahlbeteiligung in den überwiegend katholisch bestimmten Landkreisen. Traditionelle Wahlmüdigkeit herrschte dagegen auch bei der Landtagswahl 1958 in den rheinischen Großstädten (Köln, Bonn, Wuppertal, Essen).

Die höchste Wahlbeteiligung wurde in dem Wahlkreis Steinfurt-Süd mit 88,8 % erreicht. Eine Wahlbeteiligung von über 88 % weisen außerdem die Wahlkreise Warendorf, Coesfeld und Geldern auf. Am niedrigsten lag die Wahlbeteiligung im Landtagswahlkreis Köln III (63,3 %).

II. Die Wahlentscheidung

1. Der Zug zum Zweiparteiensystem

Die Landtagswahl 1958 ließ in besonders starkem Maße eine zunehmende Konzentration der Wähler auf die beiden großen Parteien erkennen.

Der Stimmenanteil von CDU und SPD bei den Landtags- und Bundestagswahlen nach 1945:

	Wahljahr	CDU + SPD
LTW	1947	69,5 %
BTW	1949	68,3 %
LTW	1950	69,2 %
BTW	1953	80,8 %
LTW	1954	75,8 %
BTW	1957	87,9 %
LTW	1958	89,7 %

2. Die CDU

Die CDU war bei der Landtagswahl 1958 viel erfolgreicher als bei den vorangegangenen Landtagswahlen. Auch übertraf sie ihre Stimmenanteile der Bundestagswahlen 1949 und 1953. Sie blieb dagegen geringfügig unter ihren entsprechenden Werten der Bundestagswahl 1957 (minus 3,9 %). Bei der Betrachtung des geringen prozentualen Stimmenverlustes gegenüber der Bundestagswahl 1957 ist noch zu berücksichtigen, daß bei der Landtagswahl 1958 keine Briefwahl bestand. Der Stimmenanteil der CDU ohne Briefwähler betrug bei der Bundestagswahl 1957 in Nordrhein-Westfalen 53,7 %, mit Briefwählern dagegen 54,4 %. Abgesehen von der Bundestagswahl 1957 konnte die CDU bei der Landtagswahl 1958 auch höhere absolute Stimmenzahlen erreichen als bei den früheren Wahlen. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 verlor sie allerdings rd. 800.000 Stimmen. Das ist ungefähr ein Sechstel ihrer Wähler der Bundestagswahl 1957. Die Verluste gegenüber der Bundestagswahl 1957 dürften überwiegend auf die niedrigere Wahlbeteiligung zurückzuführen sein. Ihre Stimmengewinne gegenüber den früheren Landtagswahlen erklären sich vermutlich vor allem aus der höheren Wahlbeteiligung und den Verlusten von FDP, Zentrum und den übrigen Splitterparteien.
Wählerzahlen und Stimmenanteil der CDU:

	Wahljahr	Wähler	Stimmenanteil
LTW	1947	1.889.581	37,5 %
BTW	1949	2.481.523	36,9 %
LTW	1950	2.286.644	36,9 %
BTW	1953	3.915.320	48,9 %
LTW	1954	2.855.988	41,3 %
BTW	1957	4.813.996	54,4 %
LTW	1958	4.011.122	50,5 %

3. Die SPD

Die SPD erreichte bei der Landtagswahl 1958 ihren höchsten prozentualen Stimmenanteil aller Nachkriegslandtags- und Bundestagswahlen. Auch konnte sie ihre absoluten Wählerzahlen gegenüber den vorangegangenen Wahlen nennenswert verbessern. Gegenüber dem Stimmenanteil von SPD und KPD bei der Landtagswahl 1954 betrug allerdings ihr prozentualer Stimmengewinn 1958 nur 0,9 %. Ihre absolute Wählerzahl liegt 1958 höher als die von SPD und KPD bei den vorangegangenen Wahlen. Ihre Stimmengewinne dürften vornehmlich auf die Zunahme der Wahlberechtigten und Wähler und zum Teil auf Verluste der anderen Parteien, vornehmlich der Splitterparteien, zurückzuführen sein. Heute muß man den größten Teil der KPD-Stimmen der SPD zurechnen.

Wählerzahlen und Stimmenanteil der SPD:

	Wahljahr	Wähler	Stimmenanteil	Wähler SPD+KPD	Stimmenanteil SPD+KPD
LTW	1947	1.607.487	32,0 %	2.309.897	46,0 %
BTW	1949	2.109.172	31,4 %	2.622.397	39,0 %
LTW	1950	2.005.312	32,3 %	2.344.174	37,8 %
BTW	1953	2.553.014	31,9 %	2.781.606	34,8 %
LTW	1954	2.387.718	34,5 %	2.651.801	38,3 %
BTW	1957	2.965.616	33,5 %	2.965.616	33,5 %
LTW	1958	3.115.934	39,2 %	3.115.934	39,2 %

4. Die FDP

Der Stimmenanteil der FDP ging gegenüber der Landtagswahl 1954 von 11,5 % auf 7,1 % zurück. Sie verlor 1958 knapp ein Drittel ihrer Wähler der Landtagswahl 1954. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 konnte sie ihren Stimmenanteil geringfügig verbessern (plus 0,7 %). Auch ihre Wählerzahlen stiegen von 1957 bis 1958 etwas an (rd. 11.000). Ihre Wählerverluste gegenüber den Landtagswahlen 1950 und 1954 sowie den Bundestagswahlen 1949 und 1953 dürften vornehmlich der CDU zugute gekommen sein.
Wählerzahlen und Stimmenanteil der FDP:

	Wahljahr	Wähler	Stimmenanteil
LTW	1947	298.995	5,9 %
BTW	1949	581.456	8,6 %
LTW	1950	748.926	12,1 %
BTW	1953	682.902	8,5 %
LTW	1954	793.736	11,5 %
BTW	1957	554.781	6,3 %
LTW	1958	566.274	7,1 %

5. Das Zentrum

Das Zentrum blieb, wie bei der Bundestagswahl 1957, auch 1958 bedeutungslose Splitterpartei. Gegenüber der Landtagswahl 1954 verlor es mehr als zwei Drittel

seiner Wähler. Noch deutlicher sind seine Verluste gegenüber den ersten Nachkriegswahlen. So erreichte es z.B. 1958 nur noch rd. ein Siebtel seiner Stimmenzahl der Bundestagswahl 1949. Die Verluste des Zentrums sind überwiegend der CDU zugute gekommen.
Wählerzahlen und Stimmenanteil des Zentrums:

	Wahljahr	Wähler	Stimmenanteil
LTW	1947	491.138	9,8 %
BTW	1949	601.435	8,9 %
LTW	1950	466.497	7,5 %
BTW	1953	217.078	2,7 %
LTW	1954	278.863	4,0 %
BTW	1957	72.563	0,8 %
LTW	1958	83.733	1,0 %

6. Die DP

Die DP blieb mit einem Stimmenanteil von 1,6 % bei der Landtagswahl 1958 weit unter der 5%-Klausel. Sie erreichte nicht einmal ihre absoluten Wählerzahlen der Bundestagswahl 1957. Für sie entschied sich bei der Landtagswahl 1958 nur ein Drittel der Wähler, die 1954 und 1957 der DP und dem BHE ihre Stimme gaben.

7. Die Sitzverteilung in den 150 Landtagswahlkreisen

Die nachstehende Übersicht läßt erkennen, in wieviel Wahlkreisen die Parteien bei den vergangenen Landtagswahlen die Mehrheit gewannen.[38]

Wahljahr	CDU	SPD	FDP	Zentrum	KPD
1947	92	53	–	2	3
1950	93	52	5	–	–
1954	85	65	15	–	–
1958	92	58	–	–	–

Gegenüber der Landtagswahl 1954 gewann die CDU die Wahlkreise 50 Remscheid, 52 Solingen, 53 Wuppertal I, 54 Wuppertal II, 56 Wuppertal IV, 70 Duisburg-Altstadt,

38 Bei der Landtagswahl 1947 gewann die CDU 16 Überhangsmandate, bei der Landtagswahl 1950 15 Überhangsmandate. Bemerkenswert ist, daß damals Wahlbündnisse mit der FDP bestanden.

74 Oberhausen I, 75 Oberhausen II und 106 Dortmund I. In diesen Wahlkreisen war 1954 die SPD stärkste Partei.

Bemerkenswert ist, daß es sich bei den Wahlkreisen Remscheid, Solingen und Wuppertal vornehmlich um Wahlkreise handelt, mit überwiegend industriellem Charakter und starkem evangelischem Bevölkerungsanteil. An die SPD verlor die CDU die Wahlkreise 93 Recklinghausen-Stadt und 95 Bottrop. In beiden Wahlkreisen waren allerdings bei der Landtagswahl 1954 SPD und KPD gemeinsam betrachtet erfolgreicher als die CDU.

8. Die Sitzverteilung im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Wahljahr	CDU	SPD	FDP	Zentrum	KPD
1947	92	64	12	20	28
1950	93	68	26	16	12
1954	90	76	25	9	–
1958	104	81	15	–	–

9. Die Wahlentscheidung verschiedener Bevölkerungsgruppen
Konfession und Wahlentscheidung

Die Untersuchung des Stimmenanteils der CDU in den überwiegenden katholischen bzw. evangelischen kreisfreien Städten und Landkreisen ergab folgendes:

Die katholische Bevölkerung war auch bei der Landtagswahl 1958 wahlfreudiger als die evangelische Bevölkerung. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 ging die Wahlbeteiligung in den überwiegend katholischen Verwaltungskreisen um 9 % zurück, in den überwiegend evangelischen Verwaltungskreisen um knapp 11 %.

Die CDU war bei der Landtagswahl 1958 in den überwiegend katholischen Gebieten wiederum viel erfolgreicher als in den stärker von Protestanten bewohnten Verwaltungskreisen. Allerdings waren die prozentualen Stimmengewinne der CDU in den evangelischen Verwaltungskreisen stärker als in den katholischen.

Die SPD übertraf auch bei der Landtagswahl 1958 in den evangelischen Verwaltungskreisen ihre entsprechenden Werte, in den katholischen Verwaltungskreisen nahezu um das Doppelte. Auch gewann sie gegenüber der Bundestagswahl 1957 in den evangelischen Gebieten etwas stärker als in den stärker von Katholiken bewohnten Städten und Landkreisen. Gegenüber dem Stimmenanteil von SPD und KPD bei der Landtagswahl 1954 konnte die SPD 1958 in den katholischen und evangelischen Gebieten Nordrhein-Westfalens ihre Position nur geringfügig verbessern.

Die FDP, die in den evangelischen Verwaltungskreisen ebenfalls stets nahezu doppelt so hohe Stimmenanteile erreichte als in den stärker von Katholiken bewohnten Städten und Landkreisen, hatte allerdings bei der Landtagswahl 1958 in den stärker von Protestanten bewohnten Gebieten weit überdurchschnittliche Wählereinbußen.

Bei den Splitterparteien kamen bei der Landtagswahl 1958 in den katholischen Verwaltungskreisen die Verluste des Zentrums und in den evangelischen Verwaltungskreisen die des BHE und der DP der CDU sichtbar zugute.

Die Wahlergebnisse in den Stadt- und Landkreisen mit überwiegend industrieller Bevölkerung:

Die Wahlbeteiligung lag in den überwiegend industriell bestimmten Stadt- und Landkreisen geringfügig unter dem Landesdurchschnitt.

Die CDU blieb auch bei der Landtagswahl 1958 in den überwiegend industriell bestimmten Stadt- und Landkreisen nennenswert unter ihrem Landesdurchschnitt. Allerdings gelang es ihr auch in den industriell bestimmten Verwaltungskreisen, ihren Stimmenanteil gegenüber 1954 nennenswert zu verbessern (plus 7,7 %).

Die SPD übertraf bei der Landtagswahl 1958 in den industriell bestimmten Verwaltungskreisen ihre Durchschnittswerte in Nordrhein-Westfalen wiederum beträchtlich. Auch verbesserte sie von 1957 bis 1958 ihren Stimmenanteil in den industriell bestimmten Verwaltungskreisen etwas stärker als im übrigen Nordrhein-Westfalen. Gegenüber dem Gesamtstimmenanteil von SPD und KPD bei der Landtagswahl 1954 gelangen allerdings der SPD 1958 nur geringfügige Stimmengewinne.

Die FDP blieb in den stärker industriell bestimmten Verwaltungskreisen stets etwas unter ihren Durchschnittswerten. Ihre prozentualen Stimmenverluste von 1954 bis 1958 entsprachen in den industriell bestimmten Verwaltungskreisen ungefähr dem Landesdurchschnitt.

Die Wahlergebnisse in den überwiegend landwirtschaftlich bestimmten Verwaltungskreisen:

Die Bevölkerung der überwiegend landwirtschaftlich bestimmten Verwaltungskreise war auch bei der Landtagswahl 1958 viel wahlfreudiger als die des übrigen Nordrhein-Westfalens. Auch ging die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 1957 in den bäuerlichen Gebieten nicht so stark zurück wie im Landesdurchschnitt.

Die CDU übertraf bei der Landtagswahl 1958 in den bäuerlich bestimmten Verwaltungskreisen ihre entsprechenden Durchschnittswerte wiederum beträchtlich. Hervorzuheben ist die besonders günstige Entwicklung des CDU-Stimmenanteils in den landwirtschaftlich bestimmten Verwaltungskreisen. Sie blieb in den bäuerlichen Gebieten nur 1 % unter ihrem hohen Stimmenanteil gegenüber der Landtagswahl 1954 um knapp 13 %.

Die SPD erreichte in den bäuerlich bestimmten Verwaltungskreisen nur ungefähr die Hälfte ihres durchschnittlichen Stimmenanteils in Nordrhein-Westfalen. Auch waren ihre prozentualen Stimmengewinne bei der Landtagswahl 1958 in den bäuerlichen Verwaltungskreisen viel schwächer als im übrigen Nordrhein-Westfalen.

Die FDP blieb in den bäuerlichen Verwaltungskreisen unter ihren entsprechenden

Durchschnittswerten in Nordrhein-Westfalen. Allerdings schwankte ihr Stimmenanteil in diesen Verwaltungskreisen nicht so stark wie im übrigen Nordrhein-Westfalen. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß es sich überwiegend um landwirtschaftliche Kreise mit einem starken katholischen Bevölkerungsanteil handelt.

Das Zentrum, welches in den in der Untersuchung berücksichtigten bäuerlichen Verwaltungskreisen stets besonders hohe Stimmenanteile erreichte, blieb auch bei der Landtagswahl 1958 in diesen Gebieten nur knapp unter der 5%-Klausel. Allerdings verlor es gegenüber der Landtagswahl 1954 besonders stark. Seine Verluste dürften vor allem der CDU zugute gekommen sein.

10. Besonderheiten in der Entwicklung verschiedener Wahlkreise.

Die Landtagswahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung 1958:

81	Steinfurt-Süd	88,8 %
79	Ahaus	88,6 %
83	Warendorf	88,5 %
89	Coesfeld	88,3 %
38	Geldern	88,1 %
6	Jülich	87,4 %
127	Olpe	87,0 %
131	Brilon	87,0 %
132	Büren	86,8 %
133	Warburg	86,0 %
87	Münster-Land	86,0 %

Die Landtagswahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung 1958:

15	Köln III	63,3 %
13	Köln I	63,8 %
65	Essen VI	64,6 %
16	Köln IV	65,5 %
14	Köln II	66,0 %
17	Köln V	66,4 %
21	Bonn-Stadt	67,4 %
18	Köln VI	68,1 %
53	Wuppertal I	68,1 %
54	Wuppertal II	68,1 %
60	Essen I	68,4 %
55	Wuppertal III	68,6 %
56	Wuppertal IV	68,6 %

71	Duisburg III	68,8 %
72	Duisburg IV	69,9 %

Die Landtagswahlkreise mit dem höchsten CDU-Stimmenanteil:

133	Warburg	76,8 %
38	Geldern	76,8 %
8	Schleiden-Monschau	76,7 %
79	Ahaus	74,2 %
132	Büren	73,0 %
78	Borken-Bocholt	72,4 %
4	Geilenkirchen-Heinsberg	72,3 %
127	Olpe	72,1 %
39	Kleve	70,5 %

Die Landtagswahlkreise mit dem niedrigsten CDU-Stimmenanteil:

149	Lemgo-Ost	30,4 %
150	Lemgo-West	31,3 %
147	Detmold I	31,4 %
148	Detmold II	31,4 %
143	Herford-Land-West	32,3 %
60	Essen I	33,7 %
108	Dortmund III	34,1 %
146	Minden-Süd	34,2 %
111	Dortmund VI	34,3 %
112	Unna-Nord	34,8 %

Die Landtagswahlkreise, in denen die CDU von 1954 bis 1958 ihre höchsten prozentualen Stimmengewinne erzielen konnte:

Landtagswahlkreis	1958	1954	Differenz
133 Warburg	76,8 %	55,4 %	+ 21,4 %
50 Remscheid	46,6 %	26,2 %	+ 20,4 %
132 Büren	73,0 %	53,6 %	+ 19,4 %
89 Coesfeld	69,8 %	50,9 %	+ 18,9 %
80 Steinfurt-Nord	63,5 %	45,2 %	+ 18,3 %
139 Bielefeld II	37,6 %	20,1 %	+ 17,5 %
79 Ahaus	74,2 %	57,5 %	+ 16,7 %
82 Tecklenburg	49,0 %	32,3 %	+ 16,7 %
87 Münster-Land	63,7 %	47,2 %	+ 16,5 %
135 Paderborn	69,3 %	53,2 %	+ 16,1 %
138 Bielefeld I	39,6 %	23,5 %	+ 16,1 %

Die Landtagswahlkreise, in denen die CDU bei der Landtagswahl 1958 ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 1957 verbessern konnte:

Landtagswahlkreis	LTW 1958	BTW 1957	Unterschied	Kandidat der CDU
91 Recklinghausen-Land-Südwest	55,0 %	51,9 %	+ 3,1 %	A. Oertmann[39]
116 Lippstadt	61,6 %	60,7 %	+ 0,9 %	J.H. Dufhues[40]
132 Büren	73,0 %	68,8 %	+ 4,2 %	Heinr. Wilper[41]
133 Warburg	76,8 %	73,2 %	+ 3,6 %	A. Volmert[42]
144 Lübbecke	48,0 %	44,4 %	+ 3,6 %	G. Niermann[43]
147 Detmold I	31,4 %	30,5 %	+ 0,9 %	Dr. E.Stuckel[44]
149 Lemgo-Ost	30,4 %	29,7 %	+ 0,7 %	E. Riekhof[45]

Bach: Wir haben bei dieser Wahl den bisher härtesten Kampf geführt. Wir hatten es in Westfalen mit der evangelischen Kirche zu tun, die gegen uns stand. Der Superintendent[46] stand bei uns an der Spitze im Kampf gegen den Atomtod. Er hat dies begründet mit dem achten Gebot: „Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten!" Wer das alles mitgemacht hat in den evangelischen Kreisen, der weiß, wie stark der Einsatz der evangelischen Kirche gegen uns gewesen ist. (*Rehling:* Aber, Herr Bach, nicht die evangelische Kirche, sondern nur Teile!) Aber bei uns sind es sehr große Teile! Leider ist es so, daß der andere Teil meist geschwiegen hat. Ich meine, daß wir hier eine Aufgabe haben. Wir müssen den anderen Teil dazu bringen, daß er die Mehrheit überzeugt. Entschuldigen Sie, wenn ich das so hart sage.

Im Siegerland haben wir schon erreicht, daß die anderen rebellisch geworden sind und nun Opposition gegen die Herren von den Bruderschaften machen. Wir haben den Wahlkampf bei uns gegen diese Leute führen müssen. Die anderen waren nicht gefährlich für uns. Ich bin davon überzeugt, daß in Detmold eine Gefahr für uns liegt, und zwar in den stark kirchlich gebundenen Kreisen, die zum größten Teil SPD sind. (*Unruhe und Zurufe:* Wieso? Wie kommt das?) Wir müssen jetzt sofort anfangen, in

39 Adolf Paul Oertmann (1903–1983), 1958–1962 MdL NW (CDU).
40 Josef Hermann Dufhues (1908–1971), 1946–1947 und 1950–1971 MdL NW (CDU), 1958–1962 Innenminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1185 Anm. 10.
41 Heinrich Wilper (1908–1967), Landwirt; 1954–1965 MdL NW (CDU), 1965–1967 MdB.
42 Anton Volmert (1909–1989), 1947–1970 MdL NW (CDU).
43 Gustav Niermann (1919–1989), Landwirt; 1954–1975 MdL NW (CDU), 1952–1958 Mitglied des Kreistages, 1954–1958 Landrat des Kreises Lübbecke, 1958-1966 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in NW, 1965–1971 stv. Vorsitzender der CDU Westfalen.
44 Dr. Erich Stuckel (1903–1962), 1954–1962 MdL NW (CDU), 1952–1962 Stadtrat in Detmold.
45 E. Riekhof erhielt 1958 kein Landtagsmandat.
46 Ernst Achenbach (1902–1967), 1942–1967 Superintendent in Siegen.

diesen Kreisen dafür zu sorgen, daß sie nicht mehr so gegen uns arbeiten können. Das ist aber nur möglich, wenn von uns aus eine Gegenaktion im kirchlichen Raume gestartet wird. Dazu sind jetzt auch große Teile von uns fest entschlossen.

Adenauer: Ich will wenige Sätze sagen im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen; also nicht retrospektiv zu dem, was nun in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, sondern zu den kommenden Landtagswahlen. Da scheint mir folgende Anregung, die gegeben worden ist, begrüßenswert zu sein. Zunächst wurde von einem „Wahlkopf" gesprochen. Man kann auch ein anderes Wort dafür nehmen, sagen wir ein Routine-Team, das nun für die Organisation und überhaupt für die ganzen Wahlen in den einzelnen Ländern zusammengestellt wird. Die Herren werden mir beipflichten, daß wir vor allem auch unsere Erfahrungen aus dem Bundestagswahlkampf hierbei berücksichtigen müssen.

Zweitens ist sehr wichtig das Verhältnis BHE : FDP. Wir wollen nicht lange darüber sprechen, aber daß vom BHE offenbar viele zur FDP übergegangen sind, ist doch sehr beachtenswert und von Bedeutung namentlich für Hessen, aber auch für Schleswig-Holstein. Deswegen scheint mir das ein sehr akutes Thema zu sein. Wir können das Thema heute nicht erörtern, aber für Hessen und Schleswig-Holstein ist es sehr zu beachten.

Herr Meyers hat von dem verzehrenden Personeneinsatz gesprochen. Es ist richtig, daß dieser Einsatz sehr verzehrend war. Herr von Hassel hat die Größe des Landes hervorgehoben. Er hat völlig recht damit. Wenn man an einem Nachmittag irgendwo reden und dann wieder zurückfahren muß, um eine zweite Versammlung abzuhalten – wobei 600 Kilometer zurückgelegt werden müssen –, so ist das ein bißchen zuviel verlangt. Was ich persönlich auch schon bei anderen Landtagswahlkämpfen festgestellt habe, ist doch dies, daß man ganz deutlich merkt, wo nun eine gute örtliche Organisation ist oder wo sie nicht ist. *(Beifall und Zustimmung.)* Wenn diese örtliche Organisation nicht klappt, dann helfen auch die größten Versammlungen und Kundgebungen nichts. Und deswegen bleibe ich dabei, daß an manchen Stellen die Organisation besser werden muß. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich habe ganz bestimmte Fälle im Auge, über die ich gelegentlich mit Herrn Johnen sprechen möchte. Nehmen Sie z.B. Honnef; das ist ein Skandal geradezu! Das sage ich ganz offen. In Honnef haben die Sozialdemokraten um 10.000 Stimmen zugenommen! Es haben dort Versammlungen stattgefunden, wo sieben alte Möhnen gewesen sind von der CDU. Damit will ich keiner alten Dame zu nahe treten. *(Heiterkeit.)* Aber dazu braucht man keine Versammlung abzuhalten. Solche Beispiele gibt es noch mehr. Daß mich das persönlich etwas gefuchst und geärgert hat, werden Sie verstehen, weil ich da wohne. Aber es ist die Organisation! Nehmen Sie einen anderen Fall. (*Johnen:* Überorganisation der Jungen Union in Honnef!) Nein, Herr Johnen, das ist es nicht. Die Junge Union in Honnef ist die einzige Organisation gewesen, die zwei Nächte lang geklebt hat. (*Johnen:* Das ist klar!) Und die jungen Leute, die ich kenne, die haben von ihrem Landtagskandidaten nicht mal einen Kasten Bier bekommen, während die Sozialdemokraten, die geklebt haben, pro Nacht DM 20,– bekommen haben. (*Zuruf:*

Sie haben auch den Redner bezahlt! – *Lebhafte Unruhe.* – *Johnen:* Ja, ja!) Lieber Herr Johnen! Nicht „ja, ja", es ist tatsächlich so. Ich habe es an eklatanten Beispielen gesehen. Die Zunahme der Sozialdemokratie dort ist nicht einfach durch den Zuzug von Leuten aus der Industrie zu erklären. Das liegt auch an der Tätigkeit der Fraktion im Stadtrat. Da sieht man doch unmittelbar die Zusammenhänge in den kleinen Orten. Deswegen bleibe ich bei dem, was ich gesagt habe.

Ich bitte also die Herren, bei denen demnächst Landtagswahlen stattfinden, darauf zu achten, daß schon jetzt die Organisation angefacht und angefeuert wird und daß alles in gute Arbeit kommt, sonst ist es nachher nicht mehr möglich, zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Hellwig: Auch die Analyse der Nichtwähler sollte mit wissenschaftlicher Methode und Gründlichkeit erfolgen. Es hat vor einigen Jahren eine Untersuchung darüber in Frankfurt stattgefunden.[47] Ich empfehle Ihnen, diese Statistik zu beschaffen, um die Analyse der Nichtwähler entsprechend anzuwenden. Ich bin der Meinung, daß wir in einigen Städten, wo eine geringe Wahlbeteiligung gewesen ist, deswegen gesiegt haben, weil ein Teil der SPD nicht zur Wahl gegangen ist. Auch in der SPD-Wählerschaft herrscht bei einigen Gruppen Unzufriedenheit, jedenfalls gegenüber der immer stärker werdenden Radikalisierung. Wir dürfen aber keine falschen Schlüsse ziehen. Deswegen empfehle ich die Untersuchung dieser Analyse.

Zur Frage der Vereinheitlichung der Wahltermine wird noch zu sprechen sein innerhalb der Partei und ihrer Ausschüsse. Das Thema ist bereits im Gespräch von Fraktionen des Bundestages. Man sollte also, da es sich hier um eine Angelegenheit von Bund, Ländern und Gemeinden handelt, auch in unserem Kreise darüber sprechen.

Zur Frage der nächsten Bundestagswahlen! In den eineinhalb Jahren, in denen noch wichtige Dinge erledigt werden müssen, muß auch die Frage der neuen Einteilung der Wahlkreise für die nächste Bundestagswahl besprochen werden, und zwar möglichst bald, damit der Abstand zur kommenden Bundestagswahl so groß wie möglich ist.

Bitter: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, daß Sie heute im Bundesvorstand der Kommunalpolitik einen breiten Raum einräumen. In diesem Zusammenhang darf ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß wir in der Bundesrepublik 24.000 Gemeinden haben mit 240.000 ehrenamtlichen Wahlleitern. Davon stehen überschläglich gerechnet etwa 130.000 bei der CDU. Es ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich, insbesondere da, wo die Parteileitung auf der Landesebene noch dem Irrtum frönt, daß man nichtparteiliche Wählerlisten tolerieren müsse. Die Antwort darauf haben wir in den verschiedenen Ländern mit geradezu schlagendem Beweis bekommen.

---

47 Dr. Rudolf GUNZERT: Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai 1954 – Wähler und Nichtwähler in Frankfurt a.M., in Statistische Monatsberichte 1953, Sonderheft 1, hrsg. vom Wahlamt der Stadt Frankfurt.

Wir haben nach meiner Überzeugung in einer Reihe von Ländern ein schlechtes und falsches Kommunalwahlrecht. Ich wage zu behaupten, Herr Bundeskanzler, Sie können z.B. in den Stimmbezirk von Bergarbeitern in einer großen Industriestadt eine sehr profilierte Persönlichkeit hinschicken, aber der Mann fällt dann bei der Wahl durch, wenn sein Gegner der Kumpel Katschmarek oder sonst irgend jemand ist. Hier ist das Solidaritätsgefühl, insbesondere der gewerkschaftlich organisierten Leute, ein ungeheuer starkes Band, und zwar namentlich zugunsten der SPD, wie das letzte Ergebnis der Kommunalwahlen auch gezeigt hat.

Denken Sie bitte weiter an die Skandalgeschichten, die wir in der letzten Zeit in den Großstädten, insbesondere in Dortmund, erlebt haben. In Dortmund ist ein SPD-Oberstadtdirektor[48], der den Sitzstreik in Dortmund mit dem Erfolg organisiert und durchgeführt hat, daß selbst alteingesessene Beamte und Angestellte diesem Sitzstreik haben folgen müssen. Wo ist die Aufsichtsbehörde, die sich um einen solchen Skandal kümmert? Wo ist die CDU-Fraktion der Stadt?

Wir haben wiederholt in der Kommunalpolitischen Vereinigung darüber gesprochen, welche Maßnahmen hier getroffen werden können. Als dieser Skandal in Dortmund passiert ist, wo der Oberstadtdirektor mit seinem gleichgesinnten Oberbürgermeister[49] die Parole der Arbeitsniederlegung gegeben haben, da haben wir zwei Juristen von der Kommunalpolitischen Vereinigung zur Fraktion in Dortmund geschickt und diese beraten und in fünf Fällen klar formulierte juristische Vorschläge gemacht, um diesem Skandal über die Aufsichtsbehörde entsprechend zu begegnen. Die Frage Nr. 1 an die Fraktion lautet: Wären Sie so liebenswürdig, sofort einen Einspruch in der Stadtverordnetenversammlung zu erheben? Der KPV-Vorsitzende[50] sagt: Ja! Aber der Fraktionsvorsitzende – ein Professor – sagt: Nein! Wir haben aber dann erreicht, daß diese Sitzung noch vor der Landtagswahl stattfand, aber mit dem „Erfolg", daß der sozialdemokratische Oberbürgermeister – geschickt, wie der Mann ist – die CDU-Fraktion glänzend aufs Kreuz gelegt hat! Sie hat überhaupt nicht die Anzeige gemacht, so daß das Ganze auslief wie das Hornberger Schießen. Dann braucht man sich nicht zu wundern über das, was dort geschieht.

Es wird notwendig sein, lieber Herr Johnen, daß Sie sich ernsthaft Gedanken machen in der neuen Fraktion über das bisherige Kommunalwahlrecht, das ich für falsch halte. Denken Sie daran, wie sich das auswirkt, daß wir jetzt 38 sozialdemokratische Oberbürgermeister haben, d.h. hauptamtliche Parteifunktionäre, die mit einem Ehrensold nicht unter DM 12.000,– einer Parteiapparatur ausgestattet

48 Dr. Walter Kliemt (geb. 1920), Dipl.-Kaufmann; seit 1949 Mitglied der ÖTV, 1955–1967 Oberstadtdirektor von Dortmund, 1962–1970 MdL NW (SPD), 1967–1982 Vorstandsmitglied der VEW Dortmund. – Sitzstreik nicht zu ermitteln.

49 Dietrich Keuning (1908–1980), Bauschlosser; 1949–1961 MdB (DPD), 1954–1969 Oberbürgermeister von Dortmund (mit Unterbrechung), 1961–1974 Vorstandsmitglied der VEW Dortmund.

50 In der Vorlage: KPD-Vorsitzende.

sind. Demgegenüber ist die CDU einfach ohnmächtig. Diese Entwicklung muß man sehen.

Wir haben von der KPV aus hinreichend gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Sache drinsteckt. Man kann nicht die Gemeindeordnung im ganzen Lande uniform machen. Das, was in der alten Preußischen Gemeindeordnung richtig war – nämlich der Gemeindevorsteher –, kann man nicht ohne weiteres auf die Großstädte übertragen. Hier liegt der springende Punkt, Herr Bundeskanzler, wenn wir Ordnung in die Dinge auf der kommunalen Ebene hineinbringen wollen.

Ich darf die Folgewirkungen aufzeigen. Wir haben in Recklinghausen dank der „Geschicklichkeit" der CDU an Ort und Stelle einen roten Oberbürgermeister und einen roten Bürgermeister. Die Wirkung ist die, daß jetzt vor der Wahl ganze Tischreihen von kommunalen Beamten, Angestellten und Arbeitern auf Kommando des Oberbürgermeisters den sozialdemokratischen Versammlungen beigewohnt haben und daß die CDU-Leute sich in die Mauselöcher verkrochen haben angesichts der sogenannten Bürofurcht, die die Leute empfinden. Das sind doch die psychologischen Folgewirkungen, die sich aus einer solchen Situation ergeben.

Es kommt hinzu, daß diese Ortspartei falsch liegt. Dann kann man sich nicht wundern – das ist bei uns der Fall gewesen –, wenn die Leute zum Schluß die Nase voll haben. Ich darf aber folgendes sagen: Unterschätzen Sie nicht die Tatsache, daß das engere Ruhrgebiet weithin den Sog der Leute aus dem Osten aufnehmen muß. Dieser Sog ist so stark, daß Sie selbst bei der stärksten Organisation an die Gesamtheit der Menschen gar nicht herankommen. Wir haben in Recklinghausen im Jahre 1946 eine Stammbevölkerung von 82.000 gehabt; wir haben heute 130.000 Menschen dort. Von diesen 130.000 sind aus dem gesamten Bundesgebiet – zunächst aus Bayern, dann aus Hessen usw. – insbesondere die Leute hereingeströmt, die man erfahrungsgemäß als das Treibholz der SPD und der KPD bezeichnen kann. Die Städte leiden doch unter diesen Dingen. Die Leute haben kein Heimatgefühl und keine Bodenständigkeit mehr.

Nehmen Sie dazu die Tatsache, daß in urkatholischen Städten nahezu über Nacht 50.000 evangelische Leute hineingeströmt sind, denen auch die evangelische Kirche rein seelsorglich gar nicht gewachsen war. Es war keine Kirche da. Jetzt erst kommen langsam die Gemeindehäuser. Wer will dafür politisch verantwortlich sein, daß sich eine solche Völkerwanderung in den engsten Bezirken vollzieht? In manchen Teilen sind die Dinge noch schlimmer. Ich bitte Sie aber, gerecht zu sein und dieses Problem in seiner Gesamtheit zu sehen.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß in diesen Bezirken inbesondere die Diskrepanz zwischen der Kommunalpolitik, die möglich ist, und der Kommunalpolitik, die unmöglich ist, so in Erscheinung tritt, daß wir geradezu sowohl an den Bund wie auch an die Länder die dringende Bitte richten müssen, insbesondere hinsichtlich des Lastenausgleichs nach dem Rechten zu sehen. Die Leute müssen so oder so betreut werden. Die Stadt Recklinghausen hat 37 Millionen, aber die Stadt Bielefeld mit der gleichen Bevölkerungszahl hat 75 Millionen erhalten. Hier gibt

es noch viele Dinge der Auseinandersetzung, Herr Bundeskanzler, die es unbedingt notwendig machen, daß wir uns einmal im kleinen Kreise zusammensetzen, um über die Probleme zu sprechen, und zwar sowohl hinsichtlich der wirtschaftspolitischen wie auch der soziologischen Situation.

In den Bezirken wird zwar fleißig gearbeitet, die Leute schlafen nicht, aber wir stehen doch hier einem Problem gegenüber, das zunächst über die Kraft einer Generation geht. Die Bundespartei und die Landesparteien müssen sich darüber klar sein, daß z.B. im engeren Industriegebiet die Stadt Essen jahrzehntelang eine Hochburg des Zentrums gewesen ist. Sie wird heute von einem SPD-Oberbürgermeister[51] regiert, von einem Gott weiß woher gekommenen Mann. Das ist keine Zufälligkeit. Ich will die Dinge nicht weiter vertiefen, sondern nur sagen: Herr Bundeskanzler! Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie die Liebenswürdigkeit hätten, dafür zu sorgen, daß über die ganze Problematik – die ich hier nur im Telegrammstil habe andeuten können – einmal mit den Landesparteivorsitzenden, den Landesgeschäftsführern, den profilierten Kreisgeschäftsführern aus dem Ruhrgebiet und mit den Leuten von der KPV gesprochen wird. Nur mit Philosophie um diese Dinge kommen wir nicht weiter.

Wir haben in Recklinghausen im Jahre 1948 80 % Hausbesitzer[!] gehabt, heute haben wir in der gleichen Stadt nur noch 8 % Hausbesitzer. Die großen Genossenschaften und Zechen haben die neuen Häuser gebaut, und das alte Bürgertum geht auf die Dauer restlos unter. Wie will man dabei die Leute bodenständig halten, insbesondere die Arbeiterschaft? Wie soll man die Leute noch mit einem Heimatgefühl erfüllen? Wenn wir den Dingen nachgehen, dann werden wir erstaunt sein über das, was sich hier im einzelnen vollzieht. Ich denke insbesondere an alle die Dinge, die in der letzten Zeit von der Sozialdemokratie gemacht worden sind.

Ich kann das alles hier nur ganz kurz andeuten, möchte Sie aber daran erinnern, daß uns diese Probleme allmählich schwer auf der Seele liegen, und wir müssen Sie herzlich bitten, von der Bundespartei und von den Landesparteien aus der KPV-Arbeit das Interesse entgegenzubringen, das wir notwendig brauchen, um der fleißigen Arbeit unserer Leute auch den Fundus zu verschaffen, den sie haben müssen. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Man muß, Herr Bitter, unterscheiden zwischen dem allgemeinen Kommunalproblem der Bundesebene und dem speziellen Problem des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, das allerdings eine sehr große Bedeutung hat, und zwar nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch weit darüber hinaus. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Herren Brenner[52] und Ollenhauer den Generalstreik für

51 Wilhelm Nieswandt (1898–1978), geb. in Ostpreußen (Kr. Gerdauen), seit 1914 Mitglied der SPD, 1945–1969 Mitglied der Essener Stadtvertretungen bzw. des Stadtrats, 1946–1956 Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1956–1969 Oberbürgermeister, 1946–1970 MdL NW.

52 Otto Brenner (1907–1972), 1952–1972 Vorsitzender der IG Metall. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 272 Anm. 52.

ein politisches Mittel halten. Ich darf auch daran erinnern, wie stark die KP das Industriegebiet unterläuft. Ich würde aber darum bitten, wie es Herr Bitter auch vorgeschlagen hat, diese Fragen zunächst bei Ihnen zu erörtern.

Es liegen noch mehrere Wortmeldungen vor. Wir haben um 15.30 Uhr die Sitzung des Bundesparteiausschusses. Darauf müssen wir uns einstellen. Ich würde vorschlagen, bis gegen 13.30 Uhr zu tagen. Ein Imbiß steht bereit, und auch der Garten lädt zum Spazierengehen ein. Ich bitte daher die Damen und Herren, sich möglichst kurz zu fassen. Frau Dr. Rehling!

Rehling: Herr Bundeskanzler! Herr Meyers meinte, es müsse untersucht werden, warum in einigen Wahlbezirken, vor allen Dingen in Ostwestfalen sämtliche Wahlbezirke, uns der Erfolg versagt geblieben ist. Ich habe selbst in einigen dieser ländlichen Wahlkreise gesprochen und festgestellt, daß in der bäuerlichen Bevölkerung noch Ansprüche wirksam sind, die in der nationalsozialistischen Zeit anerzogen worden sind. Es sind Ansprüche, die zum Teil einfach nicht realisiert werden können. Zum anderen hat die sehr gute Heuernte nicht das Sinken der Schweinepreise überdecken können. Das wird uns mehr oder weniger vorgehalten, daß die Schweinepreise zu niedrig waren. Ferner ist der Mangel an Arbeitskräften außerordentlich gravierend. Vor allen Dingen wurde mir das immer wieder von den Landfrauen gesagt. Es ist so, daß die Landfrauen bezüglich der Anfälligkeit an Krankheiten den höchsten Prozentsatz stellen und daß sie auch die höchste Sterblichkeitsziffer bei den Menschen über 50 Jahren aufweisen. Es ist so, daß z.B. bei einem Besitz von 300 Morgen in Westfalen die Bauersfrau selbst aufs Feld muß, um Rüben zu hacken, weil sie keine Arbeitskräfte hat. Es ist sehr schwer, hier einen Wandel herbeizuführen.

Es sind hier und da Gedanken über ein Pflichtjahr aufgetaucht. Ich meine, das hätte geregelt werden müssen mit der Einführung der Wehrpflicht; denn ich stehe auf dem Standpunkt, wenn man die gleichen Rechte haben will, muß man irgendwie auch die gleichen Pflichten in Form eines Ersatzdienstes auf sich nehmen. Ich habe mich gewundert, daß das nicht viel stärker in den Vordergrund gestellt worden ist. Früher hat es immer geheißen, die jungen Mädchen haben die Chance, weiter zu studieren und nachher die und die Plätze zu belegen. Ich weiß natürlich, daß ich in der Luft zerrissen würde, wenn das draußen bekannt würde. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, irgendein Ersatzdienst sollte in irgendeiner Form geleistet werden. (*Zuruf:* Haushaltsjahr!) In einem Wahlkreis sind nicht weniger als vier bäuerliche Vertreter aufgestellt worden, und zwar von der CDU, der DP, der DRP und der FDP. Die FDP, die keine Chance hat, auf diesem Gebiet zu einer wirklichen Verantwortung zu kommen und die Konsequenzen für das auf sich zu nehmen, was sie verspricht, hat natürlich da leichtes Spiel gehabt, nun alles Mögliche zu versprechen. Daraus erkläre ich mir dieses immerhin bedauerlich starke Vorhandensein der FDP.

Dann möchte ich ein Wort zu den Frauen sagen. Ich bin heilfroh, daß im Rheinland vier Frauen in direkter Wahl gewählt worden sind und eine über die Landesliste.[53] Herr

53 In direkter Wahl gewählt wurden: Anna Klöcker, Christine Teusch, Maria Hölters, Aenne

Lensing wird zugeben, daß es in Westfalen ungemein schwierig war, überhaupt zwei Frauen auf der Landesliste abzusichern. Was ich für einen Kampf um die katholische Frau gehabt habe, wird jeder, der in den Sitzungen war, bestätigen können. Es ist nicht gelungen, Frauen in wirklich sicheren Wahlkreisen zu plazieren. In einem Dortmunder Wahlkreis, wo eine Frau bei der Bundestagswahl sehr guten Stimmengewinn erzielt hat, ist es nicht möglich gewesen, diese Frau für die Landtagswahl kandidieren zu lassen. In Marl war eine sehr tüchtige Frau[54], die einstimmig zur Vorsitzenden des Fraktionsvorstandes im Stadt- und Kreisparlament vor einiger Zeit gewählt wurde, die als Gegenkandidaten einen ehemaligen Wiederaufbauminister[55] hatte, der acht Tage vor der Wahl große Gelder für ein Altersheim und den Wohnungsbau in diesem Wahlkreis gezeichnet hatte. Es ist nicht gelungen, diese Frau auf der Landesliste abzusichern.

Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die Berücksichtigung der Frauen in der CDU rückläufig ist und sich nicht irgendwie mit dem Stimmenanteil der Frauen entsprechend verbessert hat.

Ich darf zum Schluß sagen, eine solche Anteilnahme der Hagener Bevölkerung an dem Wahlsieg der CDU habe ich bisher noch nie erlebt. Es ist mir noch nie passiert, daß mir persönlich nach einer Landtagswahl soviel Glückwünsche zugegangen sind mit dem ausdrücklichen Bemerken, wie sehr man sich darüber freue, daß Herr Weyer abserviert sei.[56] Und wenn wir noch einmal eine Koalition mit der FDP eingingen und Herrn Weyer eine Chance gäben, hätten sie zum letzten Mal CDU gewählt.

Bei mir verbindet sich mit der Vorstellung von Frieden der Geist. Ich meine, da haben sie den Herrn Weyer überfordert. Er ist ein Anhänger der Macht, wie man zu sagen pflegt. Die Bevölkerung ist von tiefer Zufriedenheit erfüllt, daß er nun in Düsseldorf nicht mehr in einem Ministerium erscheint.

Johnen: Zu den Landfrauen! Wir haben bei uns in der Gegend, wo der FDP-Landwirtschaftsminister[57] wohnt, folgenden Gegensatz. Bei den Männern ist es aussichtslos, aber bei den Frauen erfolgreich, wenn man dort Versammlungen abhält. Wir haben also dort Landfrauentagungen einberufen. Dort sind mehrere Rednerinnen aufgetreten, nicht nur von der CDU, sondern auch vom Landwirtschaftsverband. Frau

---

Gehling. Über die Landesliste kam Gisela Praetorius in den Landtag. Vgl. UiD Nr. 28 vom 10. Juli 1958 S. 1.

54 Maria Jacobi (geb. 1906), 1948–1964 Mitglied des Stadtrats in Marl, seit 1. Januar 1958 Vorsitzende der CDU-Fraktion, 1961–1972 MdB (CDU).

55 Dr. Fritz Kaßmann (1908–1991), 1952–1955 Amts- und Stadtdirektor in Marl, 1954–1966 MdL NW, 1956–1958 Wiederaufbauminister. – Zur erwähnten Geldbewilligung vgl. „Marler Zeitung" vom 3. Juli 1958.

56 Im Wahlkreis 121 (Hagen II) erhielt die CDU 44,6 %, die SPD 42,4 % und die FDP 10,6 % der Stimmen. In Hagen I (Wahlkreis 120) allerdings erzielte die SPD 53,7 %, die CDU 36,7 % und die FDP 8,1 %. Vgl. Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen 4. WP S. 268f.

57 Dr. Josef Effertz (1907–1984), 1954–1961 MdL NW (FDP), 1956–1958 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1961–1968 MdB (FDP).

Dr. Stempel[58] hat dort die Frauen in ausgezeichneter Weise angesprochen, etwa in der Art: Ihr seid die Arbeitsamsten, aber ihr könnt doch in Freiheit arbeiten. Der Erfolg war der, daß die Frauen ihre Männer wieder in Ordnung gebracht haben, so daß die FDP dann heruntergefallen ist.

Brauksiepe: Es wurde angekündigt, daß ein Wahlteam bei den kommenden Landtagswahlen Vorarbeiten leisten solle. Da scheint es mir wesentlich zu sein, die Aufmerksamkeit auf die Erfahrungen zu lenken, die wir bei den Frauenwahlen gemacht haben. Wir haben erfahren, daß man bei den Frauenversammlungen ganz anders vorgehen muß als bei den Männerversammlungen. Man sollte bei den Frauen nicht zuviel Themen anschneiden, sondern dosisweise vorgehen, was die Argumente angeht. Wir haben Fälle erlebt von der Hysterie bis zur Resignation.

Es ist sehr wichtig, daß sich das Wahlteam Gedanken darüber macht, wie wir bei solch entscheidenden Wahlkreisen, wo die Frauenstimmen noch nicht alle erfaßt sind, psychologisch vorgehen, um dort die entsprechenden Ergebnisse zu erzielen. Es wäre völlig verkehrt, nun zu sagen, die Frauenversammlungen macht man dadurch attraktiv, daß man Kaffee und Kuchen vorsetzt. Die Bundesgeschäftsstelle sollte auch darauf sehen, daß in den Versammlungen die Einleitungssätze oder die Dankesworte nicht immer die gleiche eintönige Formulierung haben. Es ist zu empfehlen, dem Versammlungsleiter einen Waschzettel zu geben, wonach er die Ausführungen in diesen Versammlungen etwas verschiedenartig gestaltet. Ich denke mit Schrecken an den stereotypen Satz: „Der Beifall hat Ihnen bewiesen ..." Davon träumt man nachher, wenn man 40 Versammlungen mitgemacht hat. Ich habe festgestellt, daß die jüngeren Frauen viel ansprechbarer sind als die älteren Frauen; besonders die zwanzigjährigen, aber auch noch die dreißigjährigen fanden sehr schnell Verständnis für unser Wahlanliegen, während diejenigen, die Sie vorhin mit „Möhnen" bezeichneten, diesmal gerade ein Hindernis waren. Es kam zum ersten Mal die Antwort: Wir haben euch bisher immer gewählt, aber diesmal machen wir nicht mit. Das kam von den Frauen und der älteren Generation, die sich beschwert haben. Ich möchte mir vorbehalten, einige Punkte, die ich nur angedeutet habe, schriftlich nachzutragen, die Sie bei dem Wahlteam verwerten können.

Adenauer: Nun muß ich doch wohl noch etwas zu dem Ausdruck „Möhn" sagen, aber ich kann Ihnen das nicht genau erklären. „Möhn" hängt mit dem Alter eigentlich nur entfernt zusammen; eine „Möhn" hat meistens einen negativen und keinen guten Charakter. Es gibt auch männliche „Möhnen". Aber es ist nicht einfach, hier jetzt den Begriff „Möhn" genau zu definieren. *(Schmunzeln und Heiterkeit.)*

Von Hassel: Wir haben in Schleswig-Holstein seit der Debatte über die Atomfragen im Bundestag im März dieses Jahres bis heute etwa ein halbes Dutzend Frauenversammlungen mit dem Thema „Frauen fragen den Ministerpräsidenten" abgehalten, wo sie aber keinen Kaffee und keinen Kuchen – zumindesten nicht auf Parteikosten –

58 Nicht zu ermitteln.

bekamen. Das Thema sorgte jedesmal für ein vollbesetztes Haus. Die Zahl der Besucherinnen schwankte zwischen 120 und 450 etwa.

Es ist nun interessant, daß ganz selten das Thema „Atomtod" im Vordergrund gestanden hat. In den Versammlungen gegen Ende Juni ist dieses Thema überhaupt nicht mehr erwähnt worden, sondern die Frauen haben gefragt nach den Nitrit-Fällen[59], nach den Schulverhältnissen, nach kulturellen Dingen usw. Es ist auch keine Versammlung gewesen, in der nicht das Thema eines hauswirtschaftlichen Pflichtjahres aufgeworfen wurde, so daß wir auf dem Landesparteitag in Schleswig-Holstein über diese Frage gesprochen haben und von uns aus Herren beauftragt sind, darüber nachzudenken, ob es so etwas auf der Länderebene irgendwie geben kann.

Ich hatte mich zum Wort gemeldet, weil eben in meiner Abwesenheit davon gesprochen worden ist, daß der BHE zur FDP abwandere. Ich bin heute aus Schleswig-Holstein angerufen worden. Der Landesvorsitzende Leverenz[60] ist stellvertretender Bundesvorsitzender geworden. Die FDP ist sehr stark deprimiert und hat sich am Dienstag zum ersten Mal bereitgefunden, mit dem BHE über ein Zusammengehen zu sprechen. Der BHE hat vor drei Wochen eine Landesliste aufgestellt, die miserabel war vom Standpunkt einer künftigen Koalition aus. Es sitzen dort vom vierten Platz an nur alte SS-Leute und Obernazis, mit denen eine Koalition nicht möglich ist. Vorgestern haben sie eine neue Landesliste aufgestellt, die noch wesentlich schlechter ist als die erste. Das Ergebnis ist, daß sich der BHE in Schleswig-Holstein z.Z. in Auflösung befindet. Sie können damit rechnen, daß in den nächsten Wochen alles das, was irgendwie noch vernünftig ist, aus dem BHE ausscheiden wird. Ich habe das Gefühl, daß wir die guten Leute für uns gewinnen.

Wir haben seit geraumer Zeit diesen vernünftigen Leuten gegenüber ein gutes Klima geschaffen, so daß sie sich heute sagen, wir unterscheiden uns eigentlich im Grunde genommen nicht mehr von der CDU. Das sind anständige Kerle, warum sollten wir nicht jetzt die Konsequenzen ziehen. Von zehn Abgeordneten des Landtages haben sie einen herausgeworfen. Zwei sind ausgetreten. Von diesen ist einer in der vorigen Woche zur CDU übergetreten.[61] Sie können davon ausgehen,

---

59 Durch Überdosierung mit Natriumnitrit, das zur Schönung von Fleisch- und Wurstwaren verwendet wurde, war es Anfang 1958, vorwiegend im süddeutschen Raum, zu Nitritvergiftungen gekommen. Vgl. „Die Welt" vom 22. Januar, 18. Februar und 21. März 1958, „Der Tagesspiegel" Berlin vom 29. Januar 1958, „Stuttgarter Nachrichten" vom 5. Februar 1958.

60 In der Vorlage: Leferenz(?). – Dr. Bernhard Leverenz (1909–1987), 1950 FDP-Kreisvorsitzender in Kiel, 1951–1952 stv. Vorsitzender der FDP Schleswig-Holstein, dort 1952–1963 Landesvorsitzender, 1954–1958 MdL, 1954–1967 Justizminister, 1958–1964 stv. Bundesvorsitzender.

61 Aus der GB/BHE-Fraktion schieden aus: Dr. Heinz Kiekebusch am 14. April 1958, der Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landtags Hans von Herwarth am 9. Juni 1958 und Friedrich Doepner am 29. Juni 1958. Am 28. Juli trat von Herwarth, am 4. August 1958 Kiekebusch zur CDU über; Doepner wechselte am 14. Juli zur FDP. Vgl. „Die Welt" vom 12. Juni und 1. Juli 1958.

daß dieses gute Klima, das wir geschaffen haben, die Beziehungen zwischen dem BHE und uns verbessert hat. Die Leute brauchen nicht in die FDP zu gehen. Nur müssen wir etwas tun, um sie für uns zu gewinnen. Es handelt sich immerhin im ganzen um zehn Millionen Vertriebene und um drei Millionen Ostzonenflüchtlinge. Diese Flüchtlinge werden aufgenommen in großen Auffanglagern. Davon haben wir zwei in Schleswig-Holstein. Diese Auffanglager haben bei der Bundestagswahl mit großer Mehrheit CDU gewählt. Solange die Leute in den Lagern sind, stehen sie auf unserem Standpunkt, wenn sie aber nach Nordrhein-Westfalen kommen, werden sie von den sozialistischen Wohnungsbaugenossenschaften eingekreist und gleiten uns dann aus den Händen.

Die späten Rücksiedler aus der Zone ostwärts der Oder-Neiße-Linie bieten ein jammervolles Bild. Die Kinder sind zum Teil Analphabeten und sprechen nicht einmal mehr Deutsch. Die Eltern haben unter den grauenvollen Erlebnissen erheblich gelitten. Sie sind völlig immun gegenüber den Sozialdemokraten. Wenn wir die gewinnen, bekommen wir damit die treuesten Wähler. Ich möchte wiederholen, was ich schon einmal im Bundesvorstand ausgeführt habe: Wir brauchen die Vertriebenen nicht abwandern zu lassen. Man muß sich aber mit ihnen beschäftigen. Das ist schwierig und erfordert Tag für Tag viel Kleinarbeit.

Adenauer: Das gilt auch für die Berliner Auffanglager. Nach dem, was ich gehört habe, ist Berlin sehr schlecht für uns.

Cillien: Es ist kein Wort zuviel gesagt worden über die Bedeutung, die der Rundfunk und das Fernsehen bei einem Wahlkampf haben. Der Einfluß dieser Propagandamittel darf nicht unterschätzt werden. Ich habe die große Hoffnung, daß der Herr Ministerpräsident alles aufbieten wird, daß Köln eine etwas andere Färbung bekommt. (*Meyers:* Eine neue Welle in dieser Legislaturperiode!) Köln hat für Niedersachsen und für Nordrhein-Westfalen eine ziemlich große Bedeutung. Ich meine aber, daß das Fernsehen noch eine größere Bedeutung hat. Das enthebt ja die Leute, sich auf den Weg in eine Versammlung zu begeben, wo sie zum großen Teil nur undeutlich sehen und schlecht verstehen usw. Wir müssen also alles aufbieten, um zu erreichen, daß wir möglichst viel Sendezeiten im Fernsehen bekommen. Wir müssen dafür sorgen, daß gute Redner im Fernsehen auftreten und sprechen, und zwar nicht mit Monologen, sondern sie sollten möglichst Dialoge miteinander führen.

Blumenfeld: Ich bin erfreut, Herr Bundeskanzler, daß Hamburg nicht mehr ganz allein als schwarzes Schaf dasteht. (*Schröder:* Ein ausgesprochen rotes Schaf! – *Heiterkeit.*) Ich möchte hoffen, daß wir in Zukunft als der verlorene Sohn betrachtet werden. Ich darf Ihnen sagen, daß wir etwas optimistischer in die Zukunft blicken können.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, Herr Bundeskanzler, weil wir aus den Darlegungen und aus der Analyse der Wahl in Nordrhein-Westfalen, die für uns als Unbeteiligte sehr interessant gewesen ist, einige Punkte entnehmen, die mir sehr wichtig zu sein scheinen. Zunächst darf ich kurz noch auf das kommunalpolitische Anliegen hinweisen, von dem Herr Bitter gesprochen hat. Es ist gerade die Verzahnung

von Gemeinde- und Landespolitik, die unsere Hamburger Situation so unglaublich schwierig macht. Es ist nur ein einziges Mal gelungen, das zu durchbrechen, weil wir damals genügend Leute hatten, die sich für die Kommunalpolitik einsetzen konnten. Gerade diese persönliche Eignung für das kommunalpolitische Anliegen ist es, Herr Bundeskanzler, die ich insgesamt gesehen in unserer Partei vermisse. Ich vermisse auch die Solidarität zwischen vielen führenden Parteifreunden und den kommunalpolitisch tätigen Menschen innerhalb unserer Partei. Das ist ein Anliegen, dem wir auch im Bundesvorstand etwas mehr Beachtung schenken sollten. Wir sollten vielleicht eine Analyse machen gerade im Hinblick auf diese kommunalpolitischen Fragen, auch hinsichtlich der Verhältnisse im Wohnungsbau und der sonstigen wirtschaftlichen Bedingungen.

Herr Minister Lücke[61a]! Wir stellen bei uns im Norden fest, daß die Stärke der SPD-Position ganz wesentlich von dieser Wohnungsbaupolitik abhängt. Ich kann nur noch einmal dringend bitten, das ganze kommunalpolitische Anliegen, von dem Herr Bitter mit Recht gesprochen hat – was ja der Herr Bundeskanzler seinerseits bekräftigte –, so ernst wie nur möglich zu behandeln.

Herr von Hassel, unter dem Gesichtspunkt, daß wir lernen sollten, mit verteilten Rollen zu spielen, könnte ich mir vorstellen, daß wir uns über die Position der DP nicht erst im September, sondern schon sehr bald unterhalten sollten. Was Herr von Hassel von der FDP in Schleswig-Holstein mitgeteilt hat, hat bei der DP in Hamburg – trotz des Herrn Seebohm[62] – am Montag schon eingesetzt, nämlich eine Auflösung in toto. Ich bin von Herrn Seebohm – er hat einen sehr großen Vorstand in Hamburg im Verhältnis zur Partei – angesprochen worden wegen Verhandlungen über eine Fusion oder ein Zusammengehen. Ich möchte mir nicht erlauben, gerade wegen der Auswirkung auf Schleswig-Holstein und Niedersachsen, in dieser Richtung etwas zu tun, bevor uns nicht klargeworden ist, welche Politik wollen Sie im Bund und welche Politik ist richtig für die Länder.

Auf der anderen Seite können wir in Hamburg ein Wahlabkommen treffen und sehen, wie die Reaktion ist, wenn die Herren von Schleswig-Holstein und Niedersachsen der Meinung sind, daß das zweckmäßig wäre. Jedenfalls will die FDP in Hamburg mit der CDU gehen. Der BHE ist für uns in Hamburg kein Problem. Man kann sagen, daß die Mehrheit des BHE zu uns will, dank des aktiven Einsatzes einiger Freunde, die aus dem Lager der Vertriebenen kommen. Das ist also kein Problem mehr.

An die FDP möchte ich jetzt noch nicht so stark herangehen, aber auch da stellen wir, was Herr von Hassel eben für Schleswig-Holstein gesagt hat, eine starke

---

61a Paul Lücke (1914–1976), 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1968 Bundesminister für Wohnungsbau. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 353 Anm. 99.

62 Dr. Hans-Christoph Seebohm (1903–1967), 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU) 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, ab 1956 Mitglied des Direktoriums der DP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 598 Anm. 36.

Depression fest. Ich möchte sehr darum bitten, Herr Bundeskanzler, daß eine Reihe von Landesvorsitzenden – nicht Bundestagsabgeordnete oder Bundesminister –, also ganz einfache Landesvorsitzende, häufiger im Bundesvorstand zusammenkommen, wobei nicht immer eine so große Besetzung zu sein braucht. Aber ich glaube, der persönliche Kontakt und die direkte Aussprache über grundsätzliche Anliegen der Innenpolitik und auch der Außenpolitik wäre außerordentlich begrüßenswert und könnte nur förderlich sein. Ich muß auch noch darauf hinweisen, daß die Finanzlage mancher Landesverbände noch die der Bundespartei im Hinblick auf das Minusergebnis übertrifft. Hier sollten aber nicht mit delphischen Sprüchen Andeutungen gemacht werden, sondern hier muß einmal zwischen verantwortlichen Freunden ein klares und klärendes Wort gesprochen werden.

Adenauer: Meine persönliche Auffassung zu dem, was Herr Blumenfeld gesagt hat, ist folgende: Die Frage DP zu CDU ist von besonderer Bedeutung für Niedersachsen, aber auch für den Bundestag. Es ist aber schlechterdings jetzt nicht möglich, Herr Kollege Blumenfeld, insbesondere nicht in der Urlaubszeit, eine solche entscheidende Frage zu besprechen. Wir müssen also bis zum Herbst warten, wobei mich auch der Gedanke leitet, daß bis dahin sich doch manches geklärt haben wird. Aber klären Sie ruhig weiter, wo es etwas zu klären gibt; denn dadurch werden die Dinge im allgemeinen erleichtert. Herr Kollege Krone wird nachher über Bundestagsfragen sprechen. Vielleicht wird er auch auf diese Frage zurückkommen.

Und nun zu der Frage der Häufigkeit der Bundesvorstandssitzungen. Es ist wirklich ein Dilemma. Ich weiß nicht, woran es liegt. Ich glaube, der Vorstand ist – seien Sie mir nicht böse – zu groß. Es hat wirklich keinen Zweck, Vorstandssitzungen einzuberufen, wenn ein großer Teil der Mitglieder sich entschuldigt und nicht kommt. Wenn man schon den Vorstand häufiger einberuft – ich bin durchaus dazu bereit, das macht mir nichts aus –, muß sich auch eine Tradition der Zusammenarbeit dabei entwickeln. Die Tradition der Zusammenarbeit entwickelt sich aber nur, wenn im großen und ganzen die Vorstandsmitglieder auch kommen. Und das ist doch eine sehr große Schwierigkeit. Aber vielleicht finden wir noch einen Ausweg hier. Sie werden nachher von Herrn Meyers noch etwas über den Bundesparteitag hören, und dann könnten wir eventuell noch darüber sprechen.

Oberländer: Es ist nicht nur eine Analyse der Nichtwähler, sondern auch eine solche der jungen Wähler nötig. Ich glaube, daß von den 800.000 Neuwählern 600.000 Zugewiesene und Zugewanderte sind. Zugewiesen sind 32 %, und aus den anderen Ländern wandern etwa 18 % zu. Rechnen wir, daß in den letzten vier Jahren 1,4 Millionen Menschen aus dem Osten gekommen sind – das ist statistisch nachweisbar –, so sind es mindestens 600.000 zugewanderte Neuwähler, also nicht Jungwähler, gewesen. Ich sage Zuwanderer, weil nicht alle Flüchtlinge Zuwanderer sind, sondern aus anderen Ländern nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind.

Ich würde schätzen, daß etwa 60 % davon CDU gewählt haben, 35 % SPD und 5 % FDP. Die 35 % bei der SPD möchte ich hauptsächlich auf die bereits erwähnte aktive Kommunalpolitik der SPD zurückführen; denn eines ist sicher: Der Mann, der heute

kommt, fragt zunächst, wo kann ich wohnen. Und dann kommt die SPD und sagt, du bekommst eine Wohnung. Die Folgen dieser Sozialisierung des Wohnungsbaues erleben wir ja heute. Das alles ist aber geschehen, ehe der Kollege Lücke gekommen ist. Die Sozialisierung des Wohnungsbaues mit den großen Kapitalgesellschaften ist letzten Endes unter Preusker[63] geschehen. Ich habe oft genug davor gewarnt. Die SPD hat also nach meiner Überzeugung diese 35 % aus diesen 600.000 aufgrund des eben Gesagten bekommen. Das ist bedauerlich, aber ich muß es sagen. Herr Bitter, ob die Menschen Treibholz werden oder nicht, das liegt letzten Endes an uns. Diese Menschen wollen persönlich angesprochen werden. Das ist unsere Kleinarbeit. Ich bitte Sie, im Wahlkampf die These zu verwenden: Es gibt nur ein Sowjetbild; das ist das, welches 18 Millionen Deutsche in dreizehnjähriger Knechtschaft erarbeiten mußten. Kein SPD-Mann wagt, etwas dagegen zu sagen. Ich habe das im Wahlkampf benutzt, und es ist nie ein Mann aufgestanden, der zu dieser Sache etwas gesagt hat. Daß die Ereignisse um Nagy[64] und Maléter[65] auch etwas geholfen haben, will ich nur nebenbei erwähnen. (*Schröder:* Das Beweisstück!) Das habe ich auch im Wahlkampf benutzt. Aber man muß den anderen sagen, daß ihr Sowjetbild falsch ist. Die anderen können nicht sagen, meines ist besser. Auch die Wengerschen Thesen kamen häufig auf. Ich muß sagen, daß Ihre Erklärung, Herr Bundeskanzler, sehr entschieden gewirkt hat. Allerdings hat der Antrag auf Aufnahme der Beziehungen mit Polen[66] usw. äußerst negativ bei der Opposition gewirkt. Das habe ich damals in Bochum bei den Westpreußen gesehen. Damit ist die Opposition nicht angekommen.

Ich will nicht näher auf den BHE und die FDP eingehen. Es ist klar, daß die FDP und der alte BHE-Vorstand versucht haben, für die FDP Stimmen zu bekommen. Ich bin völlig einig mit dem, was Herr von Hassel gesagt hat. Ich glaube, es wäre gut – ich habe mit dem Herrn Kollegen Meyers darüber gesprochen –, wenn man für die nächsten vier Jahre in Nordrhein-Westfalen einen Staatssekretär für die Vertriebenen einsetzte. Damit wären wir viel klüger als die vorhergehende Regierung. Dies wäre auch wichtig für die kommenden Landtagswahlen, vor allem in Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen. Ich habe vor einigen Tagen in Hannover gesprochen, und da war ein absolutes Anlehnungsbedürfnis zu spüren. Die Frage ist, ob wir ein günstiges Klima und eine positive Politik schaffen. Wenn es so ist, dann ziehen wir

63 Dr. Victor-Emanuel Preusker (1913–1991), 1947–1949 Generalsekretär der FDP in Hessen, 1949-1961 MdB (bis 1956 FDP, Februar 1956 fraktionslos, dann DA und FVP, März 1957 DP/FVP, Oktober 1957 DP, Juli 1960 fraktionslos, ab September 1960 CDU/CSU), 1953–1957 Bundesminister für Wohnungsbau.

64 Imre Nagy (1896–1958), ungarischer Politiker, Kommunist, später Antistalinist, seit 1930 in der UdSSR, 1944 Rückkehr nach Ungarn, 1944–1945 Landwirtschaftsminister, 1953–1955 und 1956 (während des Volksaufstandes) Ministerpräsident, 1958 Hinrichtung.

65 Pál Maléter (1917–1958), ungarischer General; 1956 einer der Führer des ungarischen Aufstandes und Verteidigungsminister der Regierung Nagy, 1958 Hinrichtung.

66 Antrag von SPD und FDP auf Herstellung diplomatischer Beziehungen vom 23. Januar 1958. 23. Januar 1958 Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 421 Umdruck 6.

sie von selbst herüber und geben der FDP kein neues Reservoir. Wir müssen mehr tun als die anderen; dann wird auch diese Sache für uns wesentlich erleichtert.

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Zum Wahlergebnis ist genügend gesprochen worden. Wir freuen uns über den Sieg in Nordrhein-Westfalen. Wir glauben, daß es so weitergeht in Schleswig-Holstein, in Bayern und in Hessen. Für Berlin sind wir auch zuversichtlich.

In dieser Freude möchte ich eine Frage stellen, die mich etwas bedrückt. Ein Wahlsieg ist eine Verpflichtung, nicht nur die Partei zu formieren und zu reorganisieren und Propaganda zu machen, sondern auch die Politik entsprechend zu gestalten. Ich möchte es so formulieren: Wir haben das Vertrauen der Wähler nicht nur für den Bund, sondern auch für das größte Land bekommen. Damit haben wir auch die Verpflichtung erhalten, gewisse Dinge, die uns eigen sind, zu realisieren. Ich will nicht im einzelnen viel darüber sagen, aber es muß ganz klar bei den zuständigen Stellen im Bund und in den Ländern überlegt werden, was das bedeutet. Meines Erachtens sind es zwei Kategorien von Fragen, die überlegt werden müssen. Die eine Frage betrifft das soziologische Gebiet, etwas, was auch den Herrn Bundeskanzler seit Monaten immer wieder bewegt, nämlich die Frage der soziologischen Volksordnung. Das ist eine Frage, die von den Gesetzgebern im Bund und in den Ländern überprüft werden muß. Ich stehe unter dem Eindruck, daß wir faktisch ständig nur Bundespolitik machen. In diesem Jahre ist viel geschehen, z.B. die Steuergesetze usw. Die Bahn ist jetzt frei geworden für andere Aufgaben. Über das, was darüber hinaus gemacht werden muß, habe ich, abgesehen von den allgemeinen vagen Vorstellungen, kein konkretes Bild. Das ist die eine Frage.

Die zweite Kategorie von Fragen wird veranlaßt durch einen Zettel, den der Herr Kollege Schröder mir zugeschoben hat. Er sagt, wie wäre es geworden, wenn wir von der Bundesregierung in Karlsruhe die Dinge nicht gestoppt hätten. Das führt mich zu der Überlegung – es ist für mich eine ganz ernste Frage –, wie wir auf dem Gebiete der Innenpolitik zu einem noch festeren Gefüge des Staates – wie wir ihn heute dank der Erfolge unserer Politik und dank der Erfolge des Bundeskanzlers haben – kommen können. Das ist ja kein Zustand für ewig. Das einmal zu überlegen, ist also eine eminent wichtige Aufgabe. Der Herr Bundeskanzler hat vorhin gesagt, daß er heute nicht darauf eingehen möchte, aber hier liegt eine entscheidende Frage. Daß wir die Dinge erkennen und erspüren, scheint mir doch wichtig zu sein. Ich will sie im einzelnen nicht erwähnen, aber Herr Minister Schröder weiß, daß sie stark in sein Ressort hineingehen. Damit sind sie schon angedeutet.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken herausgreifen. Wir beobachten z.Z. einen starken Trend zum Zweiparteiensystem. Das ist vielleicht gut, weil wir gewonnen haben; aber ist das auch eine Angelegenheit für ewig? Wir haben gehört, wie stark die SPD nach oben gekommen ist. Z.Z. bin ich beruhigt durch den Parteitag der SPD in Stuttgart, denn dort hat Wehner mit seinen altmodischen Sachen über den Klassenkampf usw. den Weg zu den kleinen Bauern und auch zum Mittelstand verbaut. Das ist unser Vorteil. Unser Wahlsieg ist auch dadurch gekommen, daß wir diese

großen bundespolitischen Fragen vom Lande aus bestätigt bekommen haben, z.B. hinsichtlich der Sicherheit unseres Landes usw. Ich bejahe nun die These, daß wir diesen Wahlerfolg, den wir im Bund und in den Ländern haben, auch in der Form und in der Institution sichern müssen. Aber hier liegen große Probleme, an die wir im Bundestag demnächst herangehen müssen. Sie erwähnt zu haben, scheint mir heute die Aufgabe dieses Kreises zu sein. Mein Vorschlag ist der, daß wir einen Teil dieser Aufgaben, insbesondere die soziologischen, schon in Kiel[67] in einer entsprechenden Form herausstellen, damit unser Volk sieht: Wir nutzen den Sieg aus, und wir wissen mit dem Sieg etwas anzufangen.

Jochmus: Ich möchte kurz wegen der mangelnden Beteiligung an den Vorstandssitzungen fragen: Wäre es nicht möglich, die Vorstandssitzungen auf den Samstag zu verlegen? Das würde wahrscheinlich für viele keine so großen Schwierigkeiten machen wie der Freitag.

Adenauer: Wir hatten früher die Sitzungen zu Anfang der Woche, und da hieß es, lieber am Ende der Woche. Das Ergebnis sehen Sie. Jetzt möchten Sie den Samstag haben? (*Jochmus:* Ja!) Dann kommt keiner mehr.

Hellwig: Herr Bundeskanzler! Ich möchte ein Wort des Kollegen Dr. Krone aufgreifen, nämlich zum Thema des Bundesparteitages. Ich möchte auf den Antrag auf Schaffung des Parteiengesetzes in einer bestimmten Frist, der im Bundestag überraschenderweise eine Mehrheit bekommen hat, aufmerksam machen. Diese Situation beleuchtet, wie notwendig es ist, gerade unsere eigene Existenzgrundlage in dieser stürmischen Zeit zu gewährleisten.

Was die Frage der Arbeiten angeht, die jetzt im Gange sind, so möchte ich denjenigen, die nicht in der Fraktionsarbeit stehen, sagen, von den ganzen Vorlagen ist der erste Teil über die Steuern verabschiedet.[68] Der zweite Teil über die Umsatzsteuerreform wird zunächst mit einer Denkschrift des Ministeriums in diesem Sommer in Gang gebracht werden.[69] Der dritte Teil über die Neugestaltung des Finanzausgleichs[70], vor allem auch im Hinblick auf die erschreckende Abhängigkeit der Gemeinden von der Steuerkraft der Gewerbetreibenden, ist eine Angelegenheit, die noch nicht vorlagereif ist. Hier möchte ich anregen, daß ein Gremium – Bund, Land, Gemeinden – unserer Partei den Auftrag erhält, in Verbindung mit dem Bundesfinanzminister sich an dieser Arbeit zu beteiligen; denn gerade die Neuordnung des Finanzausgleichs ist von besonderer Bedeutung. Und das sollte gerade bei

---

67 8. CDU-Bundesparteitag in Kiel vom 18. bis 21. September 1958.

68 Vgl. BT-Drs. 260 (Gesetzentwurf zur Änderung von Einkommen- und Körperschaftssteuer vom 7. März 1958).

69 Denkschrift über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Umsatzbesteuerung vom Oktober 1958 in ACDP I-162-837. Weiteres Material zur Umsatzsteuerreform ebd. I-162-838/2 und -839.

70 Vgl. BT-Drs. 703 (Entwurf des Länderfinanzausgleichsgesetzes 1958 vom 3. Dezember 1958); BGBl I S. 73–76 (Länderfinanzausgleichsgesetz, 5. März 1959); vgl. Wolfgang Renzsch: Finanzverfassung und Finanzausgleich. Bonn 1991.

dieser Querverbindung, die im Bundesvorstand zwischen Bund, Land und Gemeinden besteht, beachtet werden. Der dritte Komplex der Reformvorlage wird in dieser Legislaturperiode noch zur Verabschiedung kommen, nämlich die Neugestaltung des Aktienrechts.[71] Hier ist besonders auf die Umgestaltung der Steuerverteilung zu achten.

Adenauer: Darf ich den Vorschlag machen, sich heute nicht in alle diese Einzelfragen zu begeben. Wir wissen alle, daß diese Vorlagen auf dem Tisch liegen, nicht nur die eben genannten, sondern auch noch andere. Aber ich meine, wenn wir jetzt darüber reden, steht es vielleicht morgen in der Presse. Diese Dinge müssen vorbereitet werden in einem abgedichteten Kreis, bis man zu einem Ergebnis gelangt ist. Deswegen möchte ich herzlich bitten, auch mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit, auf diese Fragen jetzt nicht näher einzugehen.

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es sind nicht nur die Fragen der neuen Vorlagen, die Sie angeschnitten haben, die uns in den nächsten Jahren befassen werden, sondern auch die Verzahnung der sozialistisch geleiteten Kommunen mit dem DGB und den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. Es sind sehr harte Worte gefallen. Die Zahlen sind so erschütternd, daß sie uns nicht oft genug in die Erinnerung zurückgerufen werden können.

Über zwei Millionen Wohnungen mit einem gesamten Aktivkapital von 22 Milliarden besitzen die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen, in denen wir überhaupt nichts zu sagen haben. Diese gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen sind in den Kommunen wieder mit dem DGB verzahnt. Der DGB verfügt über einen Gehirntrust der Wohnungsbauunternehmungen, und zwar rückversichert durch die Bank für Gemeinwirtschaft. Wir haben immer wieder unterschätzt, daß auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der Kommunalpolitik die Länder die Durchführung haben.

Wir haben diese Wahl mit einem ungeheuerlichen Run[!] geführt und haben Propaganda gemacht wie nie zuvor. Der Herr Bundeskanzler hat sich vorbildlich eingesetzt. Wir haben erlebt, daß wir so die Wahl gewonnen haben. Aber was wäre geschehen, wenn wir in einer Krise diese Wahl hätten führen müssen? Denn hier steht doch das von den Sozialisten untermauerte System unverlierbar fest. Meine Folgerung aus der Wahl ist die, daß sich unsere Politik darauf ausrichten muß, für eine Krise vorzusorgen. Das geht nur, wenn wir in Nordrhein-Westfalen

71 Sog. kleine Aktienrechtsreform, BT-Drs. 416 und BGBl I S. 789–795 (Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung, 23. Dezember 1959) sowie BT-Drs. 417 und BGBl I S. 834f. (Gesetz über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer, 30. Dezember 1959).

den Wohnungsbauminister, den die CDU damit erstmalig in den elf Ländern hätte, stellen.[72]

Herr Bundeskanzler! In den elf Ländern haben wir keinen einzigen CDU-Wohnungsbauminister. Was geschieht mit diesem Mammutvermögen, das wir mit über 25 Milliarden Steuergeldern gefördert haben? Die Gesetze sind fertig, aber es hat keinen Zweck, ein Gesetz einzubringen, wenn wir nicht in den Ländern die Führung der Wohnungsbaupolitik durch einen Minister von uns bekommen. Darum sollte in Nordrhein-Westfalen mit seinen 14 Millionen Einwohnern ein Wohnungsbauminister eingesetzt werden, der im Bundesrat den Vorsitz des Fachausschusses übernimmt und dann in den übrigen Ländern diese Front aufbricht. Langsam dämmert es in den Ländern. Wir werden aber dieses Problem nicht los, wenn wir diese Länder nicht in die Hand nehmen. Auch die Kommunen mit ihrer Machtstellung und den jeweiligen Wohnungsbauunternehmungen in den Großstädten bedienen sich gegenseitig. Wenn eine Stadt einen Kandidaten nicht durchbringt, wandert er ab in die Rückversicherungsanstalt der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmung. Dieses System könnten wir durchbrechen, wenn wir einen Wohnungsbauminister einsetzten. Ich denke auch an Hessen und Schleswig-Holstein. Dann könnten wir alles das, was wir wünschen, auch in die Praxis umsetzen.

Wir können in Bonn regieren und Gelder geben, aber diese Jagd geht dann unten los. Was erleben wir in Bayern? In Bayern macht z.Z. ein Oberregierungsrat[73] die Wohnungsbaupolitik. Er attackiert unsere Freunde mit Propaganda und hetzt die Abgeordneten auf, um die einzelnen Leute an die Leine zu bekommen. Ich bitte noch einmal darum, in Düsseldorf den ersten Wohnungsbauminister zu stellen. Das gleiche gilt auch für Hessen, für das Saarland und Bayern, sonst ist der Wohnungsbau, insbesondere von der Kommunalpolitik her gesehen, trotz dieses großen Wahlerfolges wiederum gefährdet.

Adenauer: Ich glaube, man kann diese Debatte, die wir zum Punkt 2 der Tagesordnung gehabt haben, als sehr fruchtbar und anregend bezeichnen. Ich möchte sie nunmehr abschließen. Ehe wir den Punkt verlassen, möchte ich aber noch den Herren Lensing und Johnen und allen ihren Mitarbeitern unseren herzlichsten Dank aussprechen. *(Lebhafter Beifall.)*

Wir kommen nunmehr zum Punkt 3 der Tagesordnung.

---

72 Das Amt eines Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten wurde in Nordrhein-Westfalen erst 1961 geschaffen und erstmals besetzt mit Peter Erkens (CDU). Vgl. Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen 5. WP S. 310. – Peter Erkens (1898–1972), 1947–1966 MdL NW (CDU), dort 1958–1962 Minister für Wiederaufbau, seit 1961 außerdem u.a. Wohnungsbauminister.

73 Lt. Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung vom 19. Dezember 1956 (GVBl S. 434) war nach Paragraph 3 Abs. 8 das Innenministerium für Siedlungs- und Wohnungsbau zuständig.

Der 8. Bundesparteitag

Meyers: Der 8. Bundesparteitag soll stattfinden in Kiel vom 18. bis 21. September 1958. Der äußere Programmentwurf liegt vor. Der Parteitag beginnt am Donnerstag, dem 18. September, nachmittags mit einer Sitzung des Bundesvorstandes. Anschließend folgt eine Sitzung des Bundesausschusses. Es ist der Wunsch der Landespartei Schleswig-Holsteins, daß an dem Abend diejenigen von uns, die keine sonstigen Verpflichtungen haben, sich in den Wahlkampf stürzen.

Am Freitag, dem 19. September, um 10 Uhr ist die Eröffnungssitzung mit dem üblichen Programm, das sich inzwischen im Laufe der Jahre herausgebildet hat. Nachmittags um 15 Uhr ist die erste Plenarsitzung; abends ist nach einem Empfang durch die Stadt Kiel das Treffen der Landesverbände, das sich inzwischen auch als traditionell herausgebildet hat. Am Samstag, dem 20. September, soll pünktlich um 9.30 Uhr mit der zweiten Plenarsitzung begonnen werden, die bis gegen 12.40 Uhr dauern wird. Nachmittags um 15 Uhr findet die dritte Plenarsitzung statt, und zwar bis gegen 19 Uhr. Um 20 Uhr ist ein Presseempfang, anschließend ein Abendessen für alle Delegierten auf der „Bunten Kuh", damit stechen wir in See. Am Sonntag, dem 21. September, sind um 8.30 Uhr Gottesdienste, und um 10 Uhr ist die Schlußsitzung mit der Annahme von Entschließungen und dem Referat des Bundeskanzlers sowie den Schlußansprachen. Nachmittags um 17 Uhr ist in der Ostseehalle eine Großkundgebung, abends Rednereinsatz im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf. Das ist der äußere Rahmen des diesjährigen Bundesparteitages.

Adenauer: Ich würde darum bitten, noch vorzutragen, daß auch die Wahl der Vorsitzenden stattfindet.

Meyers: Für die sachliche Diskussion bleibt auf diesem Parteitag, wenn das alles erledigt werden muß, relativ wenig Zeit übrig. In diesem Jahr findet nach der Satzung wiederum die Wahl – die alle zwei Jahre stattfindet – des Ersten Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden statt. Den geschäftsführenden Vorstand wählt der Bundesausschuß. Diese Wahlen wollen wir am Freitag gegen Abend vornehmen, daß man ein Zeitpolster hat, wenn sich die Wahl länger hinziehen sollte. Am Samstag ist es nicht möglich, weil mit der „Bunten Kuh" ein fester Zeitpunkt vereinbart worden ist.

Das genaue Thema steht noch nicht fest. Der Herr Bundeskanzler und Herr Dr. Krone haben vorgeschlagen, daß wir uns einmal mit dem Thema „Ordnung im Innern" beschäftigen sollten, und zwar in einer Zweiteilung des Themas zur politischen Seite und zur soziologischen Seite hin, wie das eben auch Herr Dr. Krone stichwortartig ausgeführt hat.

Unsere Parteitage leiden an sich darunter, daß wir immer eine Fülle von Referaten haben und dabei die Diskussion zu kurz kommt. Die Überlegungen gehen dahin, ob man nicht dieses Thema aufspalten soll, wozu dann profilierte Vertreter unserer Partei, insbesondere Leute aus dem Bundesvorstand, bestimmt umgrenzte

Diskussionsbeiträge liefern. Wenn alle die Anliegen, die an den Herrn Bundeskanzler, an die Bundesgeschäftsstelle und an mich gerichtet worden sind, berücksichtigt würden, dann müßten wir einen Parteitag von mindestens 14 Tagen machen. Sonst ist das nicht möglich! Da wir uns bisher mit den großen Fragen der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik befaßt haben, könnten wir jetzt einmal die Ordnung im Innern in den Mittelpunkt stellen.

Johnen: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bei jedem unserer Bundesparteitage hat sich gezeigt, daß die Sitzungen des Bundesausschusses Pannen waren und Unzufriedenheit hervorgerufen haben. Vielleicht dauern die Vorstandssitzungen zu lange. Beim letzten Mal war der Raum nicht in Ordnung. Dann hat der Herr Bundeskanzler eine Erklärung abgegeben, und wir sind auseinandergegangen. In jedem Jahr waren Unstimmigkeiten in dieser Hinsicht.

Deshalb schlage ich vor, um die Fehler nicht zu wiederholen, daß wir am ersten Tag unsere Vorstandssitzung abhalten. Ich bitte auch darum, den Empfang bei der Stadt Kiel nicht zu lange auszudehnen. Der Empfang könnte am ersten Abend sein. Am zweiten Tage könnte dann abends der Bundesausschuß tagen, vielleicht vor den Wahlen.

Adenauer: Was haben wir am Donnerstag?

Meyers: Wir wollten um 11 Uhr die Bundesvorstandssitzung abhalten und um 15 Uhr die Bundesausschußsitzung. Aber am Donnerstag geht es nicht, weil ein ausländischer König hier ist, der den Herrn Bundeskanzler am Mittwoch bis 12 Uhr nachts festhält.[74] Dann ist ihm – das ist auch unmöglich – nicht mehr zuzutrauen, am Donnerstag um 11 Uhr in Kiel zu sein. (*Johnen:* Unser Landtag wird am 16. und 17. September tagen müssen. Daran ist zu denken!) Es besteht die Möglichkeit, den Vorstand nachmittags und abends den Bundesausschuß einzuberufen. Dann fällt aber alles andere weg. (*Johnen:* Freitag abend! Sie können den Ausschuß für Freitag einberufen. Das wäre psychologisch richtig. Sie können den Empfang der Stadt Kiel auf den ersten Abend verlegen!) Wir müssen vor den Wahlen den Bundesausschuß tagen lassen. (*Johnen:* Es ist nur zu überlegen – ich will ja nicht meine Meinung durchsetzen, sondern nur die Pannen vermeiden –, ob das geht. Mehr will ich nicht. – *Schröder:* 14 Uhr am Freitag!) Technisch ist folgende Schwierigkeit. Das Lokal, in dem der Ausschuß tagt, ist nicht in der Ostseehalle, sondern zehn Minuten davon entfernt. (*Müllenbach:* Etwas mehr!)

Adenauer: Die Vorstandssitzung am Donnerstag um 15 Uhr kann doch in zwei Stunden erledigt sein, so daß wir dann um 18 Uhr den Parteiausschuß nehmen, und anschließend gehen wir dann zum Empfang der Stadt Kiel. Was halten Sie davon? Ich würde es nicht für glücklich halten, den Parteiausschuß mitten in die Sachen hineinzusetzen. Herr Johnen hat da vollkommen recht. Mit dem Parteiausschuß war

74 Lt. TERMINKALENDER fand dieser Staatsbesuch nicht statt. Für den 15. September war König Faisal II. von Irak nach Bonn eingeladen worden. Im Zuge eines militärischen Staatsstreichs wurde Faisal jedoch am 14. Juli 1958 getötet (AdG 1958 S. 7180).

es im vorigen Jahr eine Pleite. Wir mußten ein anderes Lokal suchen. Das war sehr unangenehm. Der Parteiausschuß muß als Vorspiel vor dem Parteitag tagen.

Johnen: Ich bitte darum, dem Parteiausschuß eine sachliche Aufgabe zu geben. Wenn man ihn nur zusammenberuft, um zu hören, was der Vorstand vorher beschlossen hat, so erregt das Unzufriedenheit bei den Parteiausschußmitgliedern, die einen Tag früher kommen müssen. Sie müssen auch sachliche Aufgaben zu erledigen haben; sonst kommt wieder eine Unzufriedenheit hoch. (*Schröder:* Vorbereitung der Wahl!)

Meyers: Es liegen die ersten Entwürfe einer Geschäftsordnung und einer Ehrengerichtsordnung der Partei vor. Man könnte also über die Grundprinzipien dieser Ordnungen im Parteiausschuß beraten und dann in späteren Arbeitstagungen die Ordnungen verabschieden.

Adenauer: Können wir uns darauf einigen: 15 Uhr Bundesvorstandssitzung, 18 Uhr Parteiausschußsitzung, dann Empfang bei der Stadt Kiel? *(Zustimmung.)*

Von Hassel: Ich darf noch einmal auf die Wahl in Schleswig-Holstein aufmerksam machen. Die Sozialdemokraten werden alles versuchen, um uns diesmal auszuschalten. Die Dinge liegen nicht so, als ob wir die Wahl schon gewonnen hätten. Wir wären Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie sich als Redner für den Wahlkampf in Schleswig-Holstein zur Verfügung stellen würden.

Was der Herr Bundeskanzler eben vorgeschlagen hat: Donnerstag 15 Uhr Bundesvorstand, 18 Uhr Parteiausschuß und 20.30 Uhr Empfang der Stadt Kiel, halte ich für eine gute Einteilung; denn dann haben wir den Freitag abend frei für die Tagung der einzelnen Landesverbände. Am Sonnabend ist eine gemeinsame Fahrt in die See. Seekrankheiten sind ausgeschlossen. Dafür garantiere ich.

Adenauer: Sie haben ein schönes Gästehaus. Hoffentlich haben wir einigermaßen schönes Wetter. Dann werden auch einige dort bleiben.

Johnen: Eine Reihe von Freunden hat mich gebeten, Ihnen, Herr von Hassel, einen besonderen Dank auszusprechen für Ihren übermäßigen Einsatz bei unserer Landtagswahl. Wir werden das durch unseren Besuch bei Ihnen mit Dank quittieren. Wenn Sie einverstanden sind, werde ich Ihnen die Liste der Redner zuschicken.

Von Hassel: Vielen Dank! Das ist fein!

VERSCHIEDENES

Meyers: Ich darf Ihnen noch bekanntgeben, daß der nächste Kongreß der NEI (Nouvelles Equipes Internationales) voraussichtlich Ende Mai 1959 in Freiburg stattfinden wird.[75] Ich darf Sie bitten, jetzt schon diese Zeit in Ihren Terminkalender einzutragen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn insbesondere der Bundesvorstand dort zahlreich vertreten wäre. Es hat sich in den anderen Ländern gezeigt, daß die dortigen

75 Der 13. Kongreß der NEI fand vom 27. bis 30. Mai 1959 in Freiburg/Br. statt. Vgl. AdG 1959 S. 7828.

Vorstandsmitglieder immer da waren. Wir dürfen auch keinen schlechteren Eindruck machen als die Vertreter in Italien, Holland usw.

Adenauer: Ich möchte dringend darum bitten, die genauen Angaben den einzelnen Herren noch schriftlich mitzuteilen. Es ist noch die Frage offen, ob wir Herrn Fanfani[76] von hier aus ein Glückwunschtelegramm schicken sollen. Man ist dort noch mitten in der Debatte. Wie ich höre, soll die Debatte in der Kammer bis Ende der nächsten Woche dauern. (*Johnen:* Ich würde sagen, zu gegebener Zeit!) Er hat es schon getan, ich noch nicht. Sollen wir noch warten? (*Zurufe:* Ja!) Also Sie geben diesen Auftrag.

Dann wollen wir damit die heutige Bundesvorstandssitzung schließen. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

5

Kiel, 18. September 1958

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bauknecht, Blumenfeld, [Cillien], Dichtel, Erhard, Etzel, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Hellwig, Kiesinger, Kraske, Krone, Lemmer, Lücke, Meyers, Noltenius, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Stoltenberg, Frau Weber, Wuermeling.

Verschiedenes: Wahl stellvertretender Parteivorsitzender. Vorbereitung des 8. Bundesparteitags.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 13.15 Uhr*

Adenauer: Liebe Parteifreunde! Wir wollen uns gegenseitig begrüßen zu Beginn des Parteitages in diesem Vorstand. Ich möchte zunächst Herrn Kollegen von Hassel und seinen engeren Mitarbeitern herzlich danken für die sehr umfangreichen Vorarbeiten, die getroffen werden mußten zu diesem Parteitag; denn die Anmeldungen zu diesem Parteitag sind noch zahlreicher als beim letzten Bundesparteitag in Hamburg. Dabei ist Kiel keine ausgesprochene Hotelstadt.

Dann möchte ich Herrn Dichtel auch in Ihrem Namen herzlich beglückwünschen zu seinem heutigen Geburtstage. (*Beifall. – Dichtel:* Wer hat Ihnen das schon wieder gemeldet, Herr Bundeskanzler?) Sie haben nicht das Wort! (*Weber:* Wie alt wird er?) Es ist Geburtstag, Frau Weber. (*Zuruf:* 57!) Er ist relativ sehr jung, er hat aber trotz seiner „Jugend" sehr vieles geleistet und gearbeitet und unsere Gedanken vertreten, und zwar in Südbaden, obwohl er im Sauerland geboren ist. Wir sind ihm von Herzen dankbar für seine Arbeit, und wir wünschen ihm noch viele gute und schöne Jahre. (*Beifall.*)

76 Amintore Fanfani (geb. 1908), 1958–1959, 1960–1962, 1962–1963 und 1982–1983 italienischer Ministerpräsident (DC).